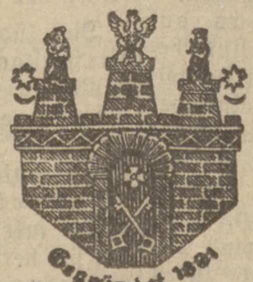
Posener Tageblatt

Bezugspreis: In Posen durch Boten monatl. 5.50 zł, in den Ausgabestellen monatl. 5.— zł. In den Ausgabestellen in der Provinz monatl. 5.— zł, bei Zustellung durch Boten monatl. 5.40 zł. Postbezug (Polen u. Danzig) monatl. 5.40 zł. Unter Streifband in Polen u. Danzig monatl. 8.— zł, Deutschland u. übriges Ausland 3.— Rmk. Einzelnummer 0.25 zł, mit illustr. Beilage 0.40 zł. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275. Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań. Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr, Deutschland 12 bzw. 50 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. Platzvorschrift u. schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Polen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o., Poznań).

70. Jahrgang | Mittwoch, 14. Oktober 1931 | Nr. 236.

Alles auf einen Blick:

Heute wird der deutsche Reichstag eröffnet.

*

In der polnischen Presse hat die Harzburger Kundgebung ein großes Echo gefunden. Die nationaldemokratische Presse sieht die Sorge und Angst, die sie im Verhältnis zu Deutschland empfindet, erneut bestätigt.

*

Die polnische Presse meldet sensationelle Verhandlungen Hitlers mit den Ukrainern.

*

In Ostasien ist die Lage weiterhin gespannt. Japan hat an den Völkerbundsrat, der bekanntlich heute zusammentritt, die Antwort übergeben.

*

Zur Rede von Dr. Schacht nimmt die deutsche Reichsregierung und der Reichsfinanzminister in scharfen Worten Stellung.

*

Der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff ist zurückgetreten.

Sie müssen lesen:

Zur Richtigstellung der Landkarte und der veralteten Vorstellungen vom fernen Osten. — Das polnische Echo zur Harzburger Tagung. — Die Spannung in Ostasien. — Die Harzburger Beschlüsse. — Aus den Konzertsälen.

Heute Beilage „Recht und Steuern“

Vor Eröffnung des Reichstags

Berlin, 13. Oktober. (R.) Das Kabinett trat gestern abend zu einer Sitzung zusammen. Gegenstand der Beratungen waren die Vorbereitungen zu der bevorstehenden Reichstagssitzung.

Marschall Pilsudski in Rumänien

Warschau, 13. Oktober. (Eig. Telegr.)

Marschall Pilsudski ist gestern in Bukarest eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe feierlich von zahlreichen rumänischen Würdenträgern und einer Ehrenkompagnie empfangen. Der Marschall wird wahrscheinlich Gast des Königs sein und außerdem mit dem rumänischen Ministerrate Fühlung nehmen, wobei wichtige politische Fragen besprochen werden sollen. Sodann wird sich der Marschall angeblich nach dem Kurort Carmen Silva bei Konstanza begeben. Die „Gazeta Warszawska“ bemerkt hierzu, daß von Konstanza aus der Weg über See in die südlichen Länder führe, da in der nächsten Zeit in Rumänien der Herbst einzöge. Es sei wahrscheinlich, daß Marschall Pilsudski sich dann weiter nach dem Süden begeben würde.

Während des Urlaubs des Marschalls wird er auf den Posten des Kriegsministers von dem ersten Vizeminister im Kriegsministerium, General Fabrycy, und auf dem Posten des Generalinspekteurs der Armee von dem Divisionsgeneral Sosnkowski vertreten werden.

Ein Freispruch

In erster Instanz 12 Jahre Zuchthaus, in zweiter Instanz freigesprochen

Warschau, 13. Oktober. (Eig. Telegr.)

Wie berichtet, fand gestern vor dem Appellationsgericht in Warschau die Verhandlung in dem Czenstochauer Krankenkassenmordprozeß statt. Die gestrige Verhandlung brachte die äußerst interessanten Aussagen eines Zeugen über den Hauptbelastungszeugen der ersten Instanz. Der gestrige Zeuge sagte über den Hauptbelastungszeugen folgendes aus: „Ich hatte in der Staatsanwaltschaft Akten gesehen, auf denen der Name Siwek (das ist der Name des Hauptbelastungszeugen) stand. Von dem Beamten erfuhr ich, daß es sich um einen Gerichtswärter handele, der sich bereits Mißbräuche hätte zuschulden kommen lassen. Als ich den Siwek auf der Straße traf und ihm sagte, daß er irgendetwas verbrochen hätte, antwortete er nur: „Ich habe gar keine Angst davor. Ich bin der Hauptzeuge in dem Prozeß über den Anschlag auf die Krankenkasse. Man hat mir versprochen, daß, wenn der Prozeß gelinge, mir alles geschenkt würde und ich eine hervorragende Stelle in der Krankenkasse erhielte. Das ist alles, was ich in dieser Angelegenheit weiß.“

Das Gericht hat nach Kentnisnahme dieser Zeugenaussagen und Feststellung der Tatsache, daß der Hauptbelastungszeuge der ersten Instanz bereits zweiundzwanzigmal wegen Vergehens vorbestraft ist, die beiden in erster Instanz zu je 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Sozialisten freigesprochen.

Die Spannung in Ostasien

Japans Antwort an den Völkerbund

London, 13. Oktober. (R.) „Times“ melden aus Tokio: Die japanische Antwort an den Völkerbund, die gestern nachmittag abgesandt worden ist, enthält einen Satz, der der japanischen Antwort an die Nanking-Regierung entnommen ist und in dem die japanische Auffassung über die Räumung des Gebietes außerhalb der Eisenbahnzone dargelegt wird. Außenminister Baron Shidehara erklärt darin, das dringende Erfordernis des Augenblicks sei die Zusammenarbeit der beiden Regierungen zur Beruhigung der Gemüter an Ort und Stelle, damit die Zurückziehung der Truppen durchgeführt werden könne, ohne daß Leben und Eigentum von Japanern gefährdet werde. Japan schlage deshalb vor, daß man sich über mehrere Grundsätze einige, die die Basis für die Wiederherstellung normaler Beziehungen bilden würden. Es sei bereit, die Verhandlungen zu beginnen.

Ueber die Natur der Grundprinzipien wird nichts gesagt. Aber amtliche Stellen wiederholen, daß Japan keine neuen Vorrechte in der Mandschurei sucht. Die Hauptsorge der japanischen Regierung ist gegenwärtig, daß der Völkerbund die Chinesen ermutigen könnte, sich lieber auf eine Intervention von außen her zu verlassen, als direkt zu verhandeln. Von amtlichen Stellen wird betont, daß die Nichtanerkennung der Regierung Tschanghsueliang durch den japanischen Oberbefehlshaber General Honjo den persönlichen Standpunkt des Generals und nicht aber den der japanischen Regierung wiedergebe. Letztere habe zu dieser Frage sich noch nicht geäußert.

Das polnische Echo zur Harzburger Tagung

Was zu erwarten war — Höllische Kräfte

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters)

Warschau, 13. Oktober.

Die Tagung der deutschen Rechtsappoßition in Harzburg wird von der polnischen Presse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und man hat eingehend über die Beratungen in Harzburg berichtet. Besonders sensationell wurde die Rede des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht aufgemacht und ein Teil der gestrigen Warschauer Nachmittagspresse legte diese Rede dahingehend aus, daß die deutsche Mark zusammenbreche. Das geschah natürlich zu dem durchsichtigen Zweck, Panik vor der deutschen Mark hervorzurufen. Anscheinend ist diese Absicht nicht gelungen, denn die deutsche Mark ist gestern an der Warschauer Börse sogar um einige Punkte höher gehandelt worden als in der vergangenen Woche, und man zahlte für sie 208,50.

Im übrigen zieht die gesamte polnische Presse aus dem Verlauf der Harzburger Tagung weitgehende Folgerungen auf die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse, besonders auf das Schicksal der Regierung Brüning. Man hält den heutigen Tag der Reichstagseröffnung für einen sehr bedeutsamen Tag in der deutschen Geschichte. Die „**Gazeta Polska**“, das offizielle polnische Regierungsorgan, schreibt, daß die heutige Reichstagssitzung vielleicht über das weitere Schicksal der Regierung Brüning entscheiden würde. So oder anders, unabhängig von dem Verlauf der ersten Berührung des rekonstruierten Kabinetts Brüning mit dem Parlament, sei man gegenwärtig Zeuge einer entschlossenen Rechtsschwenkung in Deutschland, deren Folgen unberechenbar seien. Es sei überflüssig, besonders hervorzuheben, daß, wenn in Deutschland die Regierung von Leuten übernommen wird, die den Versailler Vertrag als einen Fetzen Papier betrachten, dies einen Umsturz des gesamten friedlichen Aufbaus Europas bedeuten würde. **Im gegenwärtigen Moment, besonders dank der Unterstützung der Hindenburg nahestehenden Kreise, sei mit der Möglichkeit einer Uebernahme der Gewalt durch Hugenberg, ja sogar Hitler, zu rechnen.** Deshalb sei auch die Unruhe durchaus verständlich, die in der Weltmeinung (?) die Revue der revisionistischen Kräfte hervorgerufen hätte, die unweit des Brockens stattfand, wo einer alten Legende zufolge auch die Hexensabbate stattfänden. Die Tagung der nationalen Opposition in Harzburg werfe ein sehr bezeichnendes Licht auf die höllischen Kräfte, die noch entfaltet werden könnten.

Auch ein Teil der übrigen Presse beschäftigt sich mit Harzburg und den bevorstehenden Ereignissen. Der regierungstreue „**Expreß Poranny**“ bezeichnet den heutigen Tag als einen historischen Tag in der Geschichte der deutschen Republik. Das Blatt folgert im übrigen aus der Erklärung der deutschen Regierung zu der Rede Schachts, daß es den Deutschen doch noch längst nicht so schlecht gehe, wie ihre offizielle Politik auf internationalem Gebiet immer behaupte.

Der gemäßigte rechtsstehende „**Kurjer Warszawski**“ schreibt, daß heute ein Sieg Brünings gleichzeitig ein Sieg der Republik sein wird. Ein Sturz Brünings würde auch den Sturz der Republik und den Beginn einer faschistischen Diktatur Hugenbergs und Hitlers bedeuten, die den Weg für die Hohenzollern wieder freimachen müßten.

Die „**Gazeta Warszawska**“, das führende Organ der Nationaldemokraten, sieht ebenfalls die Entwicklung der Dinge in Deutschland als sehr gefährlich an, besonders in Anbetracht des Programms der Rechtsopposition hinsichtlich des Versailler Vertrages. Das Blatt meint, daß, falls die Rechtsopposition ans Ruder käme, die Frage einer Revision der deutschen Ostgrenzen einen neuen Auftrieb erhalten würde und in noch höherem Maße als gegenwärtig das Hauptziel der deutschen Politik werden würde. Polen würde sich sodann in einer Lage befinden, die ungewöhnliche Aufmerksamkeit erfordere und weitgehende innere Aenderungen zwecks Anpassung an die neuen Verhältnisse. Der Zeitabschnitt der politischen Schwäche Deutschlands in der Nachkriegszeit sei von Polen nicht entsprechend ausgenützt worden. Polen sei selbst in eine schwere innere Krise verfallen, die es verhindert habe, sich vorwärts zu bewegen. Gegenwärtig aber, wo an den polnischen Grenzen neue Gefahren wüchsen, müßte sich die polnische Oeffentlichkeit darüber klar werden, daß nur eine radikale Aenderung der inneren Verhältnisse die polnische Volksgemeinschaft allseitig für die ihrer wartenden Aufgaben vorbereiten könnte.

Verhandlungen zwischen Hitler und den Ukrainern?

Warschau, 13. Oktober. (Eig. Telegr.)

Die gesamte polnische Presse bringt in großer Aufmachung eine Meldung, der zufolge zwischen Hitler und dem Führer der ukrainischen Militärorganisationen im Auslande, Oberst Konowalec, Verhandlungen stattgefunden haben sollen. In diesen Verhandlungen soll Hitler den Ukrainern seine Unterstützung zugesagt haben, jedoch unter der Bedingung, daß sie ihre Politik nicht gegen die Sowjets kehrten. (!?)

Kommunistenverhaftungen in Wilna

Warschau, 13. Oktober. (Eig. Telegr.)

In diesen Tagen wurden in Wilna 6 Personen verhaftet, denen der Vorwurf gemacht wird, zugunsten Litauens Spionage getrieben zu haben. Die Verhafteten sollen in der Gegend von Wilna Angaben über polnische Militärformationen gesammelt und weitergeleitet haben. Sie werden sich am 21. d. Mts. vor einem Standgericht zu verantworten haben.

Zur Richtigstellung der Landkarte und der veralteten Vorstellungen vom Fernen Osten

Die Kriegslohe in der Südmandschurei erfordert klare Begriffe über jene Weltgegend. Was wir in unseren Schulbüchern der Erdkunde gelernt und was wir in unseren Handatlanten sehen, gibt uns diese Begriffe nicht. Dadurch entsteht bei den meisten eine grundfalsche Einstellung zu den Geschehnissen im Fernen Osten und zu ihren politischen Folgen für die Menschheit.

In kurzen Sätzen gestatten wir uns einige Berichtigungen auf diesem Gebiete zu machen.

1. Die Mandschurei ist ein Land, in dem heute keine Eingeborenen (Mandschus) mehr zu finden sind und mandschurisch von niemand mehr gesprochen wird. Die Mandschurei bildet keine Verwaltungseinheit, wie sie sich auf unseren veralteten Landkarten findet, da dem „Oberbefehlshaber der chinesisch-republikanischen Wehrmacht“ in Mukden (Tschang-Sü-Ljang, Sohn des ehemaligen Banditenführers Tschang) in Wirklichkeit nur die drei Gouverneure zu Mukden, Kirin und Tsitsikar unterstellt sind, wogegen die mongolischen Nomaden a) jenseits des Khingans (die Sowjetrepublik Bargha), d. h. das Dreieck zwischen dem Amur, dem Khingangebirge und den Dalaj-Nor-Seen, und b) im Osten von der Eisenbahnlinie, rings um die Wüste Kl. Gobi (etwa 12 Horden, die unter dem Sammelnamen „die mandschurische innere Mongolei“ bekannt waren), heute nicht mehr dem Mukdener Kriegsherrn unterstellt sind, sondern in der Tat seit etwa 1912 unabhängig sind.*) Sie werden durch kleine eigene Khans (Stammesfürsten) regiert, die sich sehr japanfreundlich gebärden.

Innerhalb der drei „Mandschurischen Provinzen“ selbst muß man sich dünne, lange Staatengebilde denken, die aus den langgezogenen Landstreifen bestehen, welche (kraft des russisch-chinesischen Vertrages über den Bau der ostchinesischen Eisenbahn von 1898) quer durch diese Provinzen gezogen worden sind. Diese Landstreifen ziehen sich von beiden Seiten, entlang den Eisenbahnsträngen, zwischen den Stationen a) Mandschurja—Charbin, b) Charbin—Pogranitschnaja, c) Charbin—Kwangtschentsü, d) Tschangtschünj—Port Arthur. Sie schwellen rings um größere Eisenbahnstationen zu kilometerbreiten Knotenpunkten an, auf deren Gebieten ganze Städte (sogenannte „Eisenbahnansiedelungen“) seit 1900 sich ausgebaut haben: Charbin mit beinahe 100 000 Einwohnern, Khajlar mit 20 000, Mandschurja mit 25 000, Mulinj und mehrere kleinere. Bis zum Frieden von Portsmouth (23. August 1905) regierten auf allen vier Landstreifen mit den darauf erwachsenen Städten Russenbehörden unter dem Schutz von 40 000 eigener „Eisenbahnbewachungstruppen“; nach 1905 haben aber den Abschnitt, den wir oben unter c) bezeichneten (der Schnitt durch die Südmandschurei), die Japaner. Die den Russen in dem Becken des Sungariflusses und in den Grenzen der Bargha übriggebliebenen (bedeutend größeren) Teile dieses „autonomen Eisenbahnenteignungsgebietes“ der „Ostchinesischen Eisenbahn“ behielten diesen Namen; wogegen der südliche Abschnitt ab Station Tschangtschünj, unter der Benennung „Südmandschurische Eisenbahnstrecke“ segelt.

*) Alle diese Mongolenfürsten standen zum Bogdokhan (= Großkönig) in einem feudalen Lehensverhältnis.

Beide dieser Staaten im Staate sind den Chinesenbehörden ein Dorn im Auge. Darf doch z. B. der Gouverneur bzw. nicht einmal der Mukdener „Feldmarschall" seine Chinesentruppen diese Eisenbahngebiete betreten lassen, ohne zuvor die Erlaubnis der russischen bzw. der japanischen Eisenbahndirektion dafür demütigst eingeholt zu haben!

2. Dem administrativen Zerfall der Mandschurei entspricht auch ihre politische Stellung dem restlichen Chinesenreiche gegenüber. Die Zentralregierung der „Souveränen China-Republik" zu Nanking bekommt keinen Pfennig direkter Steuern aus der Mandschurei und verausgabt ebenso wenig für die Verwaltungsbedürfnisse dieses Landes. Die Abhängigkeit des Mukdener „Oberbefehlshabers" ist bedeutend größer von Tokio als von Nanking, da der japanische Generalkonsul zu Mukden mitsamt dem Statthalter des Mikados zu Dairen viele chinesische Offiziere und Zivilbeamten insgeheim in ihrem Solde unterhalten. Nanking gelang es, etliche Verwaltungszweige in der Mandschurei (Posten, Telegraphen und Eisenbahnen außerhalb des Netzes der „Südmandschurischen Eisenbahn", auch zum Teil das Münzwesen und die Zolleinnahmen) an sich zu reißen, weil es diese Zweige sind, die gewisse Einkünfte der Zentralregierung zu bringen versprachen; jedoch hängt die Ernennung der Beamten auch hier von der Bestätigung Mukdens ab. Hier aber herrschen „vermittels Peitsche und Zuckerkandl" die Japaner.

So ist es irreleitend, wenn uns die Landkarte die drei mandschurischen Provinzen in derselben Farbe zeigt wie das restliche China. Solches den modernen Verhältnissen zuwiderlaufende Aufzeichnen des Fernen Ostens ist noch mehr irreleitend in Bezug auf die Mongolei.

Der nordwärts von der großen Wüste Gobi gelegene Teil des alten Chinesenreiches, die „Eigentliche" oder „Aeußere Mongolei", wie sie zwischen der Mandschurei im Osten und der Dsungarei im Westen entlang der sibirischen Grenze sich erstreckt, gehört längst nicht mehr dem Chinesenreiche an. Dieses menschenarme (rund ¾ Millionen Einwohner) Wüstenland, von den mongolischen Eingeborenen „Chalka" genannt (das Schild), wurde am 20. Mai 1920 von den ins Land eingebrochenen bolschewistischen bewaffneten Agitatorenscharen zum souveränen Sowjetstaate ausgerufen; die Chinesen wurden aus dem Lande vertrieben, die (rund 100) Duodezfürsten und etwa 20 Kirchenfürsten erschlagen oder hinter die Wüste Gobi vertrieben. In den wenigen Stützpunkten wurden russisch-sibirische Garnisonen eingesetzt, die „nach dem Rechten" sehen. Diese Stützpunkte, die auf europäischen Landkarten mit ebenso großen Kreisen bezeichnet werden wie z. B. Frankfurt, Hamburg und Lyon, sind elende Dörfer, in denen nur wenige Gebäude (Tempel und Kasernen) als Häuser angesprochen werden können. Die Ziffern sprechen für sich: die „Hauptstadt" Ulan-Bator (= Roter Held, früher Urga, Residenz des lamaistischen Khutuktu, des Kirchenfürsten der Khalkha 1910 bis 1925) zählt kaum 23 000 Einwohner, Kobdo nur 6000 und Uljassutaj sogar nur 3700 ständige Einwohner, die zumeist in Nomadenjurten wohnen.

Die Bolschewiken Sibiriens haben von dem Staatsgebiet Chinas bzw. von der Aeußeren Mongolei den an dem Oberlaufe des Jenissey gelegenen Nordzipfel abgetrennt: das vom Waldjägerstamme der Urjankhen besiedelte Gebiet nordwärts vom Tannu-Ola-Gebirge. Aus diesem Gebiete, etwa halb so groß wie Deutschland, gestalteten die Bolschewiken eine besondere „souveräne Sowjetrepublik Tannu-Tuwa mit 60 000 Bürgern. Die „Hauptstadt" dieses Staatengebildes (seit März 1924) ist das Dorf Kisil (= das „Rote") mit 120 Einwohnern....

3. Das Kräfteverhältnis solcher „Sonderstaaten" wie Bargha, Khalkha und Tannutuwa zur benachbarten Sowjetunion, d. h. zu Moskau, ergibt sich von selbst aus obigen Zahlen.

Optische Täuschungen sind im Fernen Osten besonders gefährlich. Zieht man eine gerade Linie vom Nordzipfel des Baikalsees bis Taimyr, dem nördlichsten Kap Asiens, so spaltet man durch diese Linie vom Hoheitsgebiete des ehemaligen Zarengebietes ein volles Drittel (den russischen „Fernen Osten"). In diesem Drittel Rußlands haust aber kaum ¼ Million von den 100 Millionen Russen! Das will besagen: kaum ¼ Prozent des Russenvolkes nistete sich dauernd jenseits des Baikalsees im Laufe von 250 Jahren der politischen Besetzung jenes Teiles von Asien ein....

Dagegen hausen in der Mandschurei 30 000 000 Chinesen, die sich dort seit 1900, dem Jahre der Eröffnung des Landes für chinesische Ansiedelung durch die Kaiser aus der Mandschudynastie, eingenistet haben.

Japaner und Koreaner gibt es auf Asiens Festlande (beide Völker sind bekanntlich dem Mikado hörig, wenn sie völkisch, kulturell und sprachlich auch einander befehden) nicht viel weniger. Hinter ihnen stehen weitere 63 000 000 Japaner auf den Inseln der benachbarten Archipel, die das eigentliche Japanerreich ausmachen.

4. Obwohl die 15 Provinzen des eigentlichen Chinas mit ihren rund 350 000 000 Einwohnern auch traditionell in unseren Atlanten und Geographie-Lehrbüchern als eins behandelt werden, so ist doch hervorzuheben, daß sie dieses niemals gewesen sind und wohl auch niemals sein werden! Bis 1912 wurden die Völkerschaften dieses Menschenozeans durch die Kaisergewalt zu Peking zusammengehalten. In China gibt es eine Sprachen- und Rassenbuntscheckigkeit, die derjenigen unter den Völkern Westeuropas sicherlich gleichkommt. Heute ist Nanking vergebens bemüht, die Stelle des kaiserlichen Pekings einzunehmen. Allmählich tauchen aus dem Chaos der großen chinesischen Revolution mit schweren Geburtsschmerzen neue Staatengebilde auf, die auf die Karte einzutragen verfrüht sein dürfte; ihre Grenzen werden letzten Endes durch russische Unterschiede bedingt werden. Das 20. Jahrhundert wird ein halbes Dutzend „chinesischer" voneinander unabhängiger Staaten erleben. Wer China kennt, der weiß das.

Die südliche Hälfte Tibets, eines Kirchenstaates des Dalaj-Lama, kann schon heute auf der Landkarte als von China abgetrennt (Einflußsphäre des Kaisertums von Indien!) gezeichnet werden. Der muselmanische „Chinesische Turkestan", auch „Ostturkestan" oder „Kaschgarei" genannt, mit seiner seiner Hauptstadt Urumtsi hat sich bereits 1915 zu einem von Nanking unabhängigen Sonderstaate — ähnlich wie die Mandschurei — emanzipiert. Es scheinen Moskauer Einflüsse dem Lande dasselbe Schicksal zu bereiten wie die japanischen Einflüsse der Mandschurei.

So sieht es zur Zeit in Hochasien aus. Immer mehr verwischen sich die alten Staatengrenzen, immer morscher werden die alten Grenzpfähle. Die alten Grenzen sind aber immer noch auf den Landkarten so verzeichnet, wie die Grenzpfähle einst von Peking, Petersburg und Tokio eingerammt worden sind.

Die Zeit scheint gekommen zu sein, wo man die alten Marksteine auch offiziell durch neue ersetzen wird. Den Beginn macht Tokio!

Dr. v. Behr ns

Ist er der Eisenbahn-Attentäter?
Silvester Matuschka,
der mutmaßliche Täter von Bia Torbagy und Jüterbog. Das Bild zeigt Matuschka (X) am Tage des Eisenbahn-Attentats bei Budapest, als er sich als angeblich verletzter Passagier bei der Rettungsstelle in Bia Torbagy meldet und seine Daten angibt. Seit damals stand er unter starker Beobachtung. Der Verdacht gegen Matuschka hat sich allmählich so weit verdichtet, daß er jetzt in Wien verhaftet wurde.

Der Attentäter von Jüterbog gesteht

Wien, 13. Oktober. (R.) Wie verlautet, hat der hier verhaftete Kaufmann Matuschke nach stundenlangem Verhör ein Geständnis abgelegt, bei den Eisenbahnanschlägen von Jüterbog und Bia Torbegy Beihilfe geleistet zu haben. Doch wird die Hauptrolle hierbei von Matuschka einer dritten Person zugeschrieben.

Die Harzburger Beschlüsse

Amtliche Erklärung gegen Dr. Schacht

Wir berichteten bereits gestern über den Verlauf der Harzer Kundgebung der nationalen Opposition, in der die deutschen Rechtsparteien Beschlüsse gefaßt haben, die von weittragender Bedeutung sein können. Heute liegt nun der Wortlaut dieser Beschlüsse vor, der uns zeigt, daß eine weitere Klärung der Lage angestrebt wird. Die Beschlüsse sind eine gemeinsame Entschließung mit einem einleitenden Satz, der der Weimarer Verfassung nachgebildet ist. („Die nationale Front, einig in ihren Parteien, Bünden und Gruppen, von dem Willen beseelt, gemeinsam und geschlossen zu handeln, gibt folgendes kund.") Nachdem darauf hingewiesen wird, daß die Opposition vielfach vergeblich gewarnt habe, lauten die entscheidenden Sätze der gemeinsamen Beschlüsse wie folgt:

„Wir sind bereit, im Reich und in Preußen in national geführten Regierungen die Verantwortung zu übernehmen. Wir stoßen keine Hand zurück, die sich uns zu wirklicher ehrlicher Zusammenarbeit anbietet. Wir müssen es aber ablehnen, die Erhaltung eines falschen Systems und Fortsetzung eines falschen Kurses in einer nur national getarnten Regierung der bisherigen Kräfte irgendwie zu stützen. Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegnerschaft rechnen. So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Regierungen Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten der Regierungen, deren Zusammensetzung nicht dem Volkswillen entspricht und die sich nur noch mit Notverordnungen am Ruder halten. Wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretungen, vor allem im Reich und in Preußen. Im vollen Bewußtsein der damit übernommenen Verantwortung erklären wir, daß die in der nationalen Opposition stehenden Verbände bei kommenden Unruhen Wohl, Leben und Eigentum, Haus, Hof und Arbeitsstellen derjenigen verteidigen werden, die sich mit uns offen zur Nation bekennen, daß wir es aber ablehnen, die heutige Regierung und das heute herrschende System mit dem Einsatz unseres Blutes zu schützen. Wir verlangen Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit und Rüstungsausgleich. Einig stehen wir zu diesen Forderungen; geächtet ist jeder, der unsere Front zerreißen will."

Die Entschließung richtet weiter einen Appell an den Reichspräsidenten, durch Berufung einer wirklichen Nationalregierung den rettenden Kurswechsel herbeizuführen. In den Schlußsätzen finden sich schließlich einige wirtschaftliche Anklänge, indem darauf hingewiesen wird, **daß „nur der starke Nationalstaat das Leistungsprinzip in jeder Form verwirklichen und die zur Herbeiführung einer wahren Volksgemeinschaft notwendigen sozialen Maßnahmen durchführen kann".**

Zur praktischen Durchführung der in der Entschließung allgemein zum Ausdruck gebrachten erneuten Kampfansage an die Regierung Brüning beabsichtigen die nationalsozialistische und die deutschnationale Reichstagsfraktion nach Wiedereröffnung im Reichstag vier gleichlautende Anträge einzubringen.

Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Dr. Oberfohren, werden sie enthalten: ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung, das Ersuchen an den Reichspräsidenten, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auf Sonntag, den 8. November, festzusetzen, das Verlangen nach Aufhebung sämtlicher von der Regierung Brüning auf Grund des Artikels 48 erlassenen Notverordnungen und die Einstellung der Zahlung der Polizeikostenzuschüsse an Preußen mit dem 31. Oktober. Außerdem wird die Rechtsopposition eine gleichlautende landwirtschaftliche Interpellation einbringen.

Die Presse nimmt natürlich zu dieser Tagung je nach Parteifärbung Stellung. Die sehr gemäßigte „Kölnische Zeitung", die der Volkspartei nahesteht und die Regierungspolitik in den Hauptwegen nicht bekämpft hat, berichtet über die Tagung noch folgendes, was mit der Meinung der Zeitung übereinstimmen dürfte:

„Mit der Forderung von Neuwahlen hat sich Hitler gegenüber Hugenberg, der wohl bisher glaubte, auch ohne diesen Umweg zum Ziel zu gelangen, durchgesetzt. Der Sinn der Anträge ist, die völlige Einheit und Geschlossenheit der nationalen Opposition nach außen zu bekunden. Sie bedeuten weiter, daß die beiden großen Rechtsparteien gewillt sind, gemeinsam den Weg bis zu einem Teilziel, nämlich bis zur Erringung der politischen Macht, auf dem schnellsten legalen Wege zurückzulegen. Darüber hinaus nimmt jeder Partner für sich in Anspruch, das eigene Programm und die eigenen Parteiziele beizubehalten. Durch gemeinsames parlamentarisch taktisches Vorgehen hofft die Opposition, wie Dr. Frick es ausdrückte, „die schwankenden Gestalten der Mitte", also die Deutsche

Aus den Konzertsälen

Die Mandolinen spielen. — Hans Neemann. — 2. Symphoniekonzert im „Großen Theater".

Das Mandolinenspiel gilt nach der Auffassung der heutigen regierenden Meinung nicht für „parkettfußbodenfähig". Nur bei den Wandervögeln und den ihnen verwandten Jugendgruppen soll dieser musikalische Waffenartikel angeblich ein bevorrechtigtes Asylrecht genießen. Gegen diese Auffassung soll hier nicht Sturm gelaufen werden. Offensivqualität sei dagegen dem Umstand zuzusprechen, daß aus den Mandolinensaiten doch mehr entspringt, als ihnen heute zugetraut wird. Mandolinenorchester stellen gegenwärtig Musik vermittelnde Faktoren dar, über die sich die Fachkritik nicht mehr hinwegsetzen kann. Am 11. d. M. gab die „Posener Zentral-Mandolinen-Gesellschaft" (Präses L. Sawicki) ein Konzert, welches außerordentlich dazu geeignet war, das Interesse für die Bestrebungen dieser musikalischen Genossenschaft zu entfachen. Da war z. B. der Klub „Sempre Vivo" (Dirigent B. Kwiatkowski), welcher in einer Romanze von Th. Ritter und einem Zusammenguß aus Motiven von Verdis „Troubadour" nicht nur gelegentlich klanglich Freude bereitete, und der Klub „Lyra" (Dirigent K. Schiemann), der sowohl in dem bekannten Menuett von Paderewski als auch in der Ouvertüre zu der Operette „Leichte Kavallerie" von Suppé eine orchestrale Ausdrucksfähigkeit bewerkstelligte, auf die er sich etwas einbilden darf. Es muß überhaupt hervorgehoben werden, daß die musikalische Vernehmungsfähigkeit dieser Mandolinisten innerhalb Jahresfrist wesentlich gesteigert worden ist, und daß es sich lohnt, ihren gemeinsamen Darbietungen beizuwohnen. Der Abend erhielt insofern eine Bereicherung, als der Berliner Lautenvirtuose Hans Neemann als Solist gewonnen wurde. Dieser jetzt dreißigjährige Künstler hat in der musikalischen Welt einen nicht unterzuschätzenden Ruf. Die Wiedererrtönung und Wiederwertschätzung der 24saitigen Laute, wie sie zu Bachs Zeiten in Blüte stand, ist sein Werk. Durch ihn hat die Neuerweckung einer zu größtem Unrecht in Vergessenheit geratenen intimen Kunstpflege einen kräftigen und nutzbringenden Stoß erhalten. Neemann, der bereits im Posener und Warschauer Radio wiederholt seine Kunst hinaussenden lassen konnte, spielte am Sonntag ein Menuett von Bach, eine Gavotte von Baron (dem Hoflautisten Friedrichs des Großen) und eine Romanze eigener Eingebung. All' dies anzuhören, war genußvoll und fachte das Verständnis für die klanglichen Besonderheiten des Instruments an. Um so bedauerlicher war der Reinfall mit dem „Krakowiak" von Nowowiejski. Auch den Ausdrucksmöglichkeiten einer Laute mit zwei Dutzend Darmbestandteilen sind Grenzen gesetzt, dafür lieferte dieser mißglückte Versuch einen peinlichen Beweis.

Dank der prompten Unpünktlichkeit, mit der die Mandolinen im großen Saal des evangelischen Vereinshauses in Tätigkeit gesetzt wurden — als die Musik zu spielen begann, war es ½9 Uhr —, bekam ich im „Teatr Wielki", wo zur selben Zeit das zweite populäre Symphoniekonzert zu hören war, nur noch die Schlußnummer zu hören: die symphonische Dichtung „Mazeppa" von Liszt. Vorher hatte Fräulein Irena Dubiska das Violinkonzert von Bruch, wie mir versichert wurde, und wovon ich ohne Zweifel überzeugt war, mit der sie auszeichnenden virtuosen Noblesse vorgetragen. Herr Latoszewski war Inhaber der obersten Heeresleitung über Streicher, Bläser, den Paukenmann und die Harfenistin. Er besitzt eine hochzuwertende Eigenschaft als Kapellmeister: nicht andeuten, sondern vorbehaltlos eröffnen. In diesen Lisztschen tondichterischen Schöpfungen kommt es ja nur um klare Schilderungen an. Ich muß es Herrn Latoszewski hoch anrechnen, daß er manche groben Effekte, die aus der Komposition nun einmal nicht wegzuradieren sind, in einer Weise „diplomatisch" gemildert hat, daß sie nicht allzu sehr aus dem musikästhetischen Komment fielen. Die Wiedergabe des abenteuerreichen Lebenslaufs des Kosakenhetmans, durch Liszt großartig an Töne gebunden, war wirklich fesselnd. Die einzelnen Etappen der Historie wurden in ihren spannenden Besonderheiten glänzend erfaßt. Hervorheben möchte ich, daß die Posaunen und die beiden Trompeten an den gegebenen Punkten mit einer bemerkenswerten Intensivität das Kommando führten. Ueberhaupt war das Größenverhältnis der einzelnen instrumentalen Klanggruppen zueinander ein derart genau abgezirkeltes, daß das lebenswarme Nachgestalten dieses Lisztschen Tongemäldes nur in Begeisterung sich umwandeln konnte. Und das will schon etwas heißen!

Alfred Loake

Herbstgedichte

rst. Die Dichter aus nah und fern haben langsam gemerkt, daß der Herbst gekommen ist. Sie stellen in den vielen Zusendungen, die jetzt die Redaktionen beglücken, fest, daß die Blätter gelb geworden sind, daß sie von den Bäumen fallen, daß die Tage immer länger werden, und daß die Nebel brauen und der Altweibersommer fliegt. In diesem Zusammenhang geben sie bekannt, daß ein Zittern die Seele durchbebt, daß Schmerz das Herz erfüllt, und daß der Geist sich auf Schwingen erhebt, aber durch nichts gestillt werden kann. Und dabei werden auch weitere Ausflüge in das Reich der Sehnsucht gemacht, so sucht einer dieser Herbstdichter im Süden und im All das Glück, aber er kann's nicht finden, er verfolgt den stummen Fall des Blattes und sieht auf der Erde die Sünden.

Es ist eine eigenartige Kraft, die der Wechsel der Jahreszeit hervorbringt. Und es ist alle Jahre dasselbe. Im Frühling wird festgestellt, daß die Blumen blühen, die Vöglein singen, und die Liebe sich in Feld, Flur und Park bemerkbar macht, da werden die Herzen auch so schwer, wie im Herbst. Und im Herbst, wenn die Blätter fallen, da wird die Wehmut wach. Auch in uns wird sie immer wieder neu angefacht, zumal auch uns diese traurigen Gefühle beschleichen. Wir sind nun menschenfreundlich genug, sie für uns zu behalten, zumal die Zeiten nicht dazu angetan sind, den allgemeinen Jammer noch zu unterstreichen.

Kehraus in Lawica

Trotz schönsten Wetters war der Besuch am Sonnabend mäßig; der Totalisator schwelgte in niedrigen Zahlen, da fast stets die Favoriten einliefen.

1. **Flachrennen über 2100 Meter.** 1. Rybickis „Zagadka“, 59 Kg., 2. Graf Korzbocks „Nerv“, 57 Kg.; ferner lief „Windsbraut“. Tot. 12 : 10. „Zagadka“ führt und gewinnt leicht mit 2 Längen.

2. **Hürdenrennen über 2800 Meter.** 1. Nestorowicz' „Sandomierzanka II“, 68 Kg., 2. Bylczyńskis „Silesia II“, 70 Kg.; ferner liefen „Imbros“ und „Farsa“. Tot 28 : 10. Pl. 16, 16. „Sandomierzanka“ führt und gewinnt nach Kampf mit einer Länge gegen „Silesia“.

3. **Flachrennen über 1800 Meter.** 1. Baron Kronenbergs „Bachmat“, 58 Kg., 2. Graf Mielżyńskis „Ma Dolary“, 59 Kg.; ferner lief „Diana“. Tot. 16 : 10. Nach miserablem Start — „Bachmat“ stand 4—5 Längen vor den anderen beiden, als die Flagge fiel — führt „Bachmat“ und gewinnt mit einer Länge.

4. **Hindernisrennen über 3600 Meter.** 1. Bylczyńskis „Czekan“, 74 Kg., 2. Rybickis „Tędy Siędy“, 74 Kg.; ferner lief „Kasztelanka“. Tot. 17 : 10. Erst führt „Czekan“, nachher „Tędy Siędy“; vor den Tribünen zieht „Czekan“ wieder an und gewinnt sicher mit einer Länge.

5. **Flachrennen über 850 Meter.** 1. Graf Mielżyńskis „Jaśnie Panna“, 55 Kg., 2. Graf Korzbocks „Cinia“, 55 Kg.; ferner lief „Dziewoja“. Tot. 16 : 10. Nach falschem Start führt „Jaśnie Panna“ bis ins Ziel und gewinnt mit ¾ Längen.

6. **Hindernisrennen über 3200 Meter.** 1. Graf Mielżyńskis „Dziecina“, 70 Kg., 2. Pieczyńskis „Żupan“, 74 Kg.; ferner lief „Karrara“. Tot. 13 : 10. „Dziecina“ führt und gewinnt verhalten mit 20 Längen.

7. **Hürdenrennen über 2400 Meter.** 1. Cheidzes „Gazimur“, 77 Kg., 2. 16. Ul.-Regts. „Irena“, 70 Kg.; ferner liefen „Branka II“, „Grangarda“ und „Sierota“. Tot. 15 : 10. Pl. 12, 15. „Gazimur“ führt, dahinter „Irena“. Gegenüber der Tribüne übernimmt „Sierota“ bis zum Berg das Kommando, wird aber hier endgültig abgehängt. „Gazimur“ gewinnt mit 2 Längen gegen „Irena“.

*

Der letzte Renntag am Sonntag brachte recht guten Besuch, gute Totalisator-Quoten und hervorragenden Sport, so daß jedermann befriedigt den grünen Rasen verließ. „Baccarat“, die Siegerin im Hindernisrennen über 5200 Meter, hat damit ihrem Besitzer bei viermaligem Laufen 17 500 Zloty gebracht, gewiß eine schöne Summe.

Verkaufs-Hindernisrennen über 2400 Meter. 1. Graf Mielżyńskis „Sternblume“, 63 Kg., 2. Bukowieckis „Con amore“, 72 Kg.; ferner liefen „Ordynat“ und „Boston“. Tot. 25 : 10. Pl. 10, 10. „Sternblume“ führt bis ins Ziel.

Flachrennen über 1800 Meter. 1. Cutoniewskis „Biszka“, 52 Kg., 2. Graf Mielżyńskis „Ma Dolary“, 59 Kg., ferner liefen „Czamara“ und „Gargaron“ Tot 109 : 10. Pl. 37, 22 „Ma Dolary“ führt, nachher „Gargaron“; im Einlauf kommt „Biszka“ angespritzt und gewinnt mit einer Länge.

Hindernisrennen über 3200 Meter. 1. Bobińskis „Grzybek Pierwszy“, 78 Kg., 2. Studzińskis „Rama II“, 70 Kg.; ferner liefen „Dalia“, „Pikador“. Tot. 37 : 10. Pl. 11, 10. „Grzybek“ führt und schlägt nach scharfem Endkampf „Rama“ mit einer halben Länge.

Lotterie-Flachrennen über 1800 Meter. 1. Przazmowskis „Julius“, 62 Kg., 2 Graf Mielżyńskis „Gazda“, 58 Kg.; ferner liefen „Bambus“, „Eskorta“, „Czeremcha“ Tot. 23 : 10. Pl. 14, 19. Erst führt „Bambus“, nachher bis ins Ziel „Julius“ eine Länge vor „Gazda“. „Julius“ wurde von Los Nr. 1188 gewonnen.

Hindernisrennen über 5200 Meter. Preis 5000 Złoty. 1. Cierpickis „Baccarat“. 74 Kg., 2. Bobińskis „Zygfried“, 74 Kg., 3. Cheidzes „Intryga“, 70 Kg.; ferner lief „Iwan II“. Tot. 18 : 10. Pl. 14, 23. „Zygfried“ führt 5100 Meter weit bis vor die Tribünen; hier gibt Rybicki seinem Hengst den Kopf frei und gewinnt leicht mit einer Länge. „Iwan II“ immer letzter.

Flachrennen über 1100 Meter. 1. Wesołkas „Salwa“, 56 Kg., 2. Gr. Ofic. Korp. Ochr. Popr. „Dionysis“, 54 Kg.; ferner liefen „Drab“ und „Mameluk“. Tot. 27 : 10. Pl. 11, 11. „Salwa“ erwischt einen glänzenden Start und gewinnt nach Kampf sicher mit einer halben Länge gegen „Dionysios“.

Hürdenrennen über 2400 Meter. 1. 16. Ul.-Regts. „Haschisch“, 68 Kg., 2. Graf Mielżyńskis „Majdan“, 68 Kg.; ferner liefen „Marengo“, „Imbros“, „Jedynka“. Tot. 25 : 10. Pl. 13, 16. „Haschisch“ führt vor „Marengo“, im Einlauf kommt „Majdan“ heran und löst seinen Stallgefährten ab. „Haschisch“ gewinnt sicher mit einer Länge.

Sp.

Kleine Posener Chronik

Brieftauben stehen im Schutze des Gesetzes.

Im Zusammenhang mit den Verlusten von Brieftauben, die bei Uebungen entstanden sind, macht der Stadtpräsident die Einwohner darauf aufmerksam, daß sie auf den Polizeiwachen bzw. der Brieftauben-Militärstation verirrte oder aufgegriffene Brieftauben melden sollen. Ferner sollen Ringe oder Federn mit Stempeln militärischer oder privater Brieftaubenstationen, die bei vom Habicht zerrissenen Tauben gefunden wurden, abgegeben werden. Wer widerrechtlich Brieftauben hält, fängt oder tötet, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldbuße bis zu 2000 zl bestraft. Es kann auch auf Gefängnis und Geldbuße zugleich erkannt werden, ebenso auf Beschlagnahme der betreffenden Brieftauben, und zwar laut Art. 20 des Brieftauben-Gesetzes vom 2. April 1925 (Dz. U. R. P. Nr. 45, Poz. 311), sowie der Verordnung des Kriegs-, des Innen- und des Justizministeriums vom 17. November 1927 (Dz. U. R. P. Nr. 103, Poz. 899).

600 Freikarten für die Arbeitslosen. Der Zirkus Staniewski hat, was uneingeschränkte Anerkennung verdient, für die Arbeitslosen 600 Freikarten zur Verfügung gestellt.

× **Ein neues polnisches Lehrerinnenseminar** in Lazarus, das den Namen des polnischen Dichters Julius Slowacki trägt, wurde gestern vormittag von dem Erzbischof Dr. Hlond feierlich eingeweiht. Das neue Gebäude in der früheren Glogauerstraße soll den modernsten Anforderungen eines Schulbaus gerecht werden.

em. **Freitod.** Der 24jährige Unteroffizier Johann Heinrich Besler vom 58. Inf.-Regt. nahm sich in seinem Zimmer in der Kaserne, ul. Bukowska (Bukerstraße), durch einen Karabinerschuß das Leben. Bisher weiß man nicht, was den Unteroffizier zu der Tat getrieben hat.

em. **Verlorener Sohn.** Der 16jährige Sohn der Frau Anastasia Smolarek hat sich am 5. d. Mts. aus dem Hause entfernt und ist seitdem nicht wieder gesehen worden. Er ist mittelgroß, hat blondes Haar und blaue Augen. Er trug einen grauen Anzug, schwarze Schuhe, Schillerkragen und braunen Mantel.

em. **Betrug mit den neuen Meldekarten.** Die neueingeführten Meldekarten geben den Spitzbuben, scheint es, Veranlassung, mit neuen Methoden zu Geld zukommen. Bei einer Frau auf dem Alten Markt erschien ein unbekannter Mann, der sie fragte, ob sie die Meldebogen schon richtig ausgefüllt und abgeliefert habe. Als die Frau das bejahte, verlangte er zunächst 3 Zloty, gab sich dann aber mit 1,50 Zloty zufrieden, nicht ohne zu bemerken, daß der Kontrolleur kommen werde, um sich die restlichen 1,50 Zloty abzuholen. Die Polizei bittet, sie sofort in Kenntnis zu setzen, wenn an anderer Stelle an die Wohnungsinhaber mit dergleichen Forderungen herangetreten wird.

em. **Ein größerer Einbruch** wird aus der Działyńskich 7 (fr. Naumannstraße) gemeldet. Einem Marjan Michalski wurde der Koffer aufgebrochen und Gegenstände in einem Werte von etwa 1000 Zloty gestohlen.

× **Schon wieder ein Kind überfahren.** Gestern wurde ein Kind in Sokolniki bei Posen überfahren. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Knecht Anton Kowalski hatte beim Rübenfahren den dreijährigen Sohn des Landwirts Tylkowski auf den Wagen gesetzt. Plötzlich fiel das Kind vom Wagen und kam unter die Räder zu liegen, die ihm über den Kopf gingen.

Der Kampf gegen die Rattenplage.

Der Stadtpräsident hat Anordnungen zur Vertilgung der Ratten in der Stadt Posen erlassen. Danach findet die Rattenvertilgung auf dem ganzen Gebiet der Stadt Posen in der Zeit vom 12. bis 20. Oktober statt. Die Rattenvertilgung findet mit dem vom Innenministerium zugelassenen Rattengift „Ratyna“ statt. Der Rattenvertilgung unterliegen sämtliche Grundstücke, Krankenhäuser, Sanatorien, Staats- und Militärgebäude, Proviantmagazine, Mühlen, Vorkostkellereien, Hotels, Restaurants, Bäckereien und Fabrikanlagen. Mit der Auslegung des Rattengiftes werden besondere, mit einem Ausweise des hiesigen städtischen Sicherheits- und Ordnungsdienstes versehene Beamte betraut. Die Haus- und Grundstückseigentümer bzw. dessen Stellvertreter sind beauftragt, diesen die Stellen, wo öfter Ratten gesehen werden, zu bezeichnen und den gegebenen Anweisungen Folge zu leisten. Am Tage der Auslegung des Rattengiftes und an den folgenden Tagen müssen Hunde und Katzen im Hause und in der Wohnung gehalten werden, damit die Ratten nicht verscheucht werden.

Die Eigentümer oder ihre Stellvertreter sind verpflichtet, die von dem Beamten vorgelegte quittierte Rechnung zu begleichen. Die Zahlungsnorm ist folgende: für ein Wohngebäude 3 Zloty, für Fabrikgebäude und Werkstätten je nach Größe der Gebäude, jedoch mindestens 6 Zloty.

Da die in Angriff genommene Vertilgung der Ratten gleichzeitig das Vermögen der Bürger schützt, wird gebeten, die Bemühungen zu unterstützen.

Die Kontrolle über die Ausführung dieser Verordnung übt die hiesige Staatspolizei aus. Ihre Nichtbefolgung wird mit einer Geldstrafe bis zu 60 Zloty, im Nachtbeitreibungsfalle mit einer entsprechenden Arreststrafe belegt, und die Giftauslegung auf Kosten des sich Sträubenden zwangsweise durchgeführt.

Theologische Prüfungen

In der vergangenen Woche bestanden vor der Theologischen Prüfungskommission des Evangelischen Konsistoriums vier Kandidaten die zweite theologische Prüfung. Es waren dies die Herren: Bickerich aus Lissa, Kuske aus Zduńska Wola, Wallach aus Stanomin und Werner aus Gostyn. Die erste theologische Prüfung bestand der Kandidat Kruska aus Thorn.

pz.

Geheimrat Max Krüger-Opalenitza †

Geheimer Sanitätsrat Max Krüger, der früher in Opalenitza praktizierte, ist in Magdeburg nach langen schweren Leiden gestorben. Geheimrat Krüger gehörte bekanntlich zu den bekanntesten Aerzten der ehemaligen Provinz Posen.

Internationales Ringkampfturnier

Bei ausverkaufter Halle verlief am Montag der Kampf Sudakoff gegen Saforski nach 25 Minuten unentschieden. Jaago gewann gegen Pooshoff durch Untergriff von hinten nach acht Minuten. Waluzewski legte Krauski in technisch gutem Kampfe nach neun Minuten durch Kopfzug. Der Kampf Stekker gegen Stibor mußte im Anfang der dritten Runde abgebrochen werden, da sich Stibor den Unterarm ohne Verschulden seines Gegners ausgerenkt hatte. In dem Treffen St. Mars gegen Martynoff wurde der Bulgare in der zweiten Runde als Sieger erklärt, da sich St. Mars weigerte weiterzukämpfen; er mußte nämlich die von ihm sonst täglich ausgeübten Roheiten von einem stärkeren Gegner am eigenen Leibe verspüren.

Die allgemeine Volkszählung wird vorbereitet

Das Statistische Hauptamt verbreitet folgende Informationen über die bevorstehende Volkszählung in Polen:

1. Auf welche Fragen werden wir während der Volkszählung antworten?

Der Bereich der Angaben, die jeder Bürger dem Zählungskommissar am 9. Dezember wird machen müssen, ist bereits endgültig festgelegt.

Die betreffenden Fragen sind in dem Haupt-Zählungsbogen, dem „Formular A“, enthalten. Was die einzelnen Rubriken betrifft, so beziehen sie sich auf Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Zivilstand, Religionsbekenntnis und Muttersprache. Erforderlich sind auch ausführliche Angaben über die Ausbildung.

Gewissenhafter wird die Frage des Berufs geprüft. Es kommt nicht nur auf die genaue Bezeichnung des ausgeübten Berufes an, sondern auch auf die Art des Unternehmens, in dem die betreffende Person beschäftigt ist. Neben dem Hauptberuf wird auch der Nebenberuf und die soziale Stellung registriert.

Außerdem wird für jede einzutragende Person das verwandtschaftliche oder andere Verhältnis angegeben, das sie mit dem Haushaltungsvorstande (der Familie) verbindet.

In besonderen Rubriken des Formulars werden Vermerke für Personen gemacht, die sich vorübergehend in der betreffenden Wohnung aufhalten oder vorübergehend abwesend sind. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Ortsbevölkerung von der zugezogenen zu trennen, was von besonderer Bedeutung für die Städte ist.

Was andere Zählungsformulare betrifft, so werden die Fragebogen für Grundstücke und Gebäude auf Grund von Informationen ausgefüllt, um die sich die Hausbesitzer bzw. Hausverwalter kümmern müssen, während die übrigen vorwiegend den Charakter allgemeiner Aufstellungen tragen.

2. Millionen von Fragebogen gehen bereits hinaus. Die Druckmaschine, die die Formulare für die allgemeine Volkszählung herstellt, ist in vollem Gange. In erster Linie werden die Hauptformulare „A“ als die zahlreichsten gedruckt, täglich etwa eine halbe Million Exemplare, was ein Maßstab für den Umfang der Vorbereitungsarbeiten ist. Gleich nachdem diese Formulare die Maschine verlassen haben, werden sie an Ort und Stelle verpackt und den Zählungsbehörden, d. h. den Starosten und den betreffenden Magistraten, zugeschickt.

3. Zählungsreferenten und Probezählungen. Die Vorbereitungsarbeiten zur zweiten allgemeinen Volkszählung, die seit einigen Monaten im Statistischen Hauptamt getätigt werden, gehen ihrem Ende entgegen.

In den letzten Tagen ist man an den Massendruck und die Verschickung der Zählungsformulare über das ganze Land herangegangen. Es beginnt die zweite, intensivste Periode der Zählungskampagne, die auf den Vorbereitungen im Terrain beruht.

In allen Kreisen sind bereits Zählungsreferenten und in den Städten Oberkommissare berufen worden, die im Augenblick persönlich Probezählungen veranstalten, um sich praktisch mit der Zählungstechnik vertraut zu machen, worauf sie unverzüglich an ihre verantwortlichen Organisationsaufgaben herantreten werden.

Im Laufe des Oktober werden in allen Wojewodschaften Zusammenkünfte der Zählungsreferenten stattfinden, auf denen über die bisherige Aktion berichtet und alle Zweifel geklärt werden sollen, die bei der Probezählung aufgekommen sind.

4. Wie wird die Volkszählung durchgeführt? Die Zählungskommissare, die mit entsprechenden Ausweisen versehen sind, werden am 9. Dezember, d. h. am Tage der Zählung, schon von 8 Uhr morgens den ganzen ihnen zur Zählung übertragenen Bezirk, Haus für Haus, Wohnung für Wohnung, durchgehen.

Alle Angaben, die die Bewohner betreffen, werden also in der Regel in ihren Wohnungen durchgeführt, nicht auf indirektem Wege, indem man sich an die Hausbesitzer bzw. deren Verwalter wendet. Dieses Mittel darf nur in dem Falle herangezogen werden, wenn der Kommissar mehrmals niemanden zu Hause antrifft. Der Kommissar darf auch nicht die Haushaltungsvorstände zusammenberufen (z. B. nach dem Gemeindeamt in den Landbezirken), um dort die Formulare auszufüllen. **So ist die Volkszählung auf den richtigen Grundsatz gestützt, daß jeder über sich selbst aussagen soll.**

Golantsch

1. Durchreisende Zigeuner, die Bären mit sich führten, gaben in unserer Gegend allerlei Vorstellungen. Einem der Tanzbären, der schon einige Zeit recht störrisch war, gelang es, seinen Maulkorb abzureißen und sich auf seinen Führer zu stürzen. Nach großer Mühe gelang es, das wütende Tier von dem übel zugerichteten Zigeuner zu trennen.

Kletzko

ri. Am Dienstag, dem 20. d. Mts., findet in Kletzko, Kreis Gnesen, ein Kram- und Pferdemarkt statt. Der Auftrieb von Hornvieh und Schweinen ist verboten.

Wongrowitz

1. Schwerer Kasseneinbruch. In der Nacht zum 7. verschafften sich Einbrecher Eingang in das Büro der Genossenschaftsmolkerei in Lekno. Mittels Sauerstoffgebläse wurde der eiserne Geldschrank geöffnet und daraus 800 zl Bargeld gestohlen. Scheinbar sind die Diebe bei der Arbeit gestört worden, denn sie verschwanden ohne andere Sachen mitgenommen zu haben. Die Einbrecher sind noch nicht gefaßt.

Neutomischel

be. Schadenfeuer. In der Nacht vom Sonntag zum Montag brannte dem Landwirt Herbert Pflaum in Paproć die mit Erntevorräten gefüllte Scheune vollständig nieder. Es verbrannten außer der gesamten Ernte sämtliche landwirtschaftliche Maschinen und 3 Wagen. Der Schaden beträgt zirka 12 000 Zloty. Der Besitzer ist bei der Paprocer Feuerkasse versichert. Man vermutet Brandstiftung.

be. Wohltätigkeitsveranstaltung. Am vergangenen Sonntag feierte der hiesige Deutsche Frauenverein sein Herbstfest, das zum Zwecke der Unterstützung von armen Leuten alljährlich stattfindet. Das Programm der Veranstaltung war sehr reichhaltig. Herr Superintendent Reisel hielt die Begrüßungsansprache, in der er auf die Not der Zeit hinwies. Auch der hiesige Deutsche Theaterverein wirkte mit.

Am 14. d. Mts. wird von der Wissenschaftlichen Abteilung des Wohlmuth-Instituts in Poznań ein

Vortrag in Mogilno

im Saale des Dom Katolicki abgehalten. Das Thema lautet: Die elektro-galvanische Heilmethode. Die Wohlmuth-Vorträge sind seither mit großem Interesse aufgenommen worden. Der Eintritt ist frei.

Kosmos-Terminkalender für das Jahr 1932

Wenn der deutsche Geschäftsmann in Polen hört, daß der Kosmos-Terminkalender in seiner dritten Auflage für das Jahr 1932 soeben erschienen ist, so wird es für ihn wahrscheinlich keines weiteren empfehlenden Hinweises mehr bedürfen, um ihn zu veranlassen, sich diesen Freund und Ratgeber, dessen Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit bereits in den beiden früheren Jahrgängen erprobt wurde, für das Kontor und den Privatgebrauch zu sichern. Der neue Kalender ist im wesentlichen genau in der bisherigen Form gehalten, jedoch unter Berücksichtigung der in diesem Jahre erschienenen Verordnungen und Tarife ergänzt worden. Eine Vermehrung hat sein ohnehin reichhaltiger Inhalt durch die Aufnahme eines sehr übersichtlichen Aufsatzes über das gerichtliche Mahnverfahren sowie eine Zusammenstellung der wichtigsten Verjährungstermine erfahren. Neben dem in deutscher und polnischer Sprache gehaltenen Kalendarium, dessen Hauptvorzug in dem Hinweis auf die an den einzelnen Tagen fälligen Steuern und Sozialabgaben besteht, enthält der Kalender eine Tabelle für die Eintragung der Fernsprechanschlüsse, der als wertvollster Teil eine Zusammenstellung alles dessen folgt, was der Geschäftsmann in Polen für seine Praxis braucht. Ein Ueberblick über die wichtigsten Steuern, eine Zusammenstellung der Bestimmungen über alle Sozialabgaben und Versicherung mit den zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Tabellen, die gesetzlichen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag mit geistigen und physischen Arbeitern, das Wechsel- und Scheckrecht, die Notariatstaxe für das ehemals preußische Teilgebiet, der neue Posttarif sowie eine Reihe von Adressen des In- und Auslandes, der Behörden, Konsulate und der deutschen Zeitungen in Polen machen zusammen mit dem bereits Genannten den Kalender zu einem ganz vorzüglichen Nachschlagewerk, und es ist zu verstehen, wenn Geschäftsleute, die mit den beiden bisherigen Jahrgängen die Probe gemacht haben, übereinstimmend erklären, daß der Kosmos-Terminkalender für sie in des Wortes wahrster Bedeutung unentbehrlich geworden ist. Der Preis von 5 Zloty für das 250 Seiten starke, solide gebundene Buch erscheint demgegenüber niedrig.

Posener Tageblatt
Recht und Steuern
Nr. 236
Mittwoch, den 14. Oktober 1931

Die Hypothek in Recht und Praxis

Das Recht der Hypothek offenbart sich selbst in seinen Grundsätzen als recht verwickelt, so daß auch eine elementare Darstellung immer zu den dankbaren und wünschenswerten Aufgaben rechnet. Das Hypothekenrecht nimmt im Bürgerlichen Gesetzbuch einen weiten Raum ein, schon damit seine außerordentliche rechtliche Bedeutung bekundend. Die Hypothek stellt eine Grundstückssicherheit für den Gläubiger dar, d. h. zugunsten des Gläubigers wird für eine bestimmte Geldsumme das Grundstück des Schuldners belastet, der in der Höhe der Forderung dem Gläubiger mit seinem Grundstück haftet. Man unterscheidet in der Hauptsache zwei Arten von Hypotheken, und zwar die gewöhnliche oder Verkehrshypothek und die Sicherungshypothek. Die Hypothek besteht ihrem Rechtscharakter nach aus zwei Teilen, zunächst aus der Hypothek selbst, der sogenannten dinglichen Haftung des Grundstücks, und zweitens aus der persönlichen Schuld des Eigentümers. Insofern unterscheidet sich die Hypothek von der Grundschuld, die gleichfalls eine Grundstückssicherheit, dennoch keine persönliche Forderung zur Voraussetzung hat.

Die Hypothek wird dann erst gültig und rechtswirksam, nachdem ihre Eintragung in das Grundbuch erfolgte. Die Eintragung der Hypothek im Grundbuch muß den Gläubiger, den Geldbetrag der Forderung und den Zinssatz nennen, desgleichen alle Nebenleistungen, wenn solche vereinbart wurden. Handelt es sich bei der Eintragung einer Hypothek um ein von einer Kreditanstalt gegebenes Darlehn, so genügt außer Bekanntgabe des Zinssatzes eine Bezugnahme auf die Satzung. Man hat weiter Buchhypothek und Briefhypothek zu unterscheiden. Da das Gesetz die allgemeine Vorschrift gibt, über jede Hypothek einen Hypothekenbrief zu erteilen, so ist die Briefhypothek die bei weitem vorherrschende Hypothekenform. Gläubiger und Schuldner können jedoch das Uebereinkommen treffen, daß die Ausschreibung eines Hypothekenbriefes unterbleibt, was nach dem Gesetz zulässig ist. In diesem Falle haben wir dann die sogenannte Buchhypothek vor uns. Die Buchhypothek bleibt also ausschließlich auf die Eintragung in das Grundbuch beschränkt.

Das Recht des Hypothekengläubigers zur Sicherung seiner Forderung ist ein verhältnismäßig weitgehendes. Sofern das Grundstück vermietet oder verpachtet ist, erstreckt sich die Hypothek auch auf die Miet- oder Pachtzinsforderung. Naturgemäß kann der Hypothekengläubiger die Miet- und Pachtbeträge nur soweit in Anspruch nehmen, als deren Fälligkeit gegeben ist. Allgemein erstreckt sich die Haftung des Grundstücks auch auf getrennte Bestandteile und seine Erzeugnisse. Letzteres ist besonders wichtig für landwirtschaftliche Grundstücke. Das Grundstück haftet angesichts der Hypothek nicht nur für die Forderung und Zinsen, sondern auch für die Kosten der Kündigung und einer Rechtsverfolgung, die mit der Hypothek in einem ursächlichen Zusammenhang steht. Wichtig ist die Bestimmung, daß der Hypothekengläubiger allgemein bei vorliegender Versicherung im gegebenen Falle Anspruch auf die Versicherungssumme hat. Sofern jedoch die Versicherungssumme zur Wiederherstellung des versicherten Gegenstandes dient, muß der Hypothekengläubiger die Zahlung der Versicherungssumme an den Versicherten wirksam werden lassen.

Wohl der bekannteste Fall dieser Art ist das durch Brand zerstörte Gebäude, das der Grundeigentümer mit der Versicherungssumme wieder aufbauen soll. Gestatten die Versicherungsbedingungen die Auszahlung der Versicherungssumme ohne Sicherstellung, wird der Versicherer frei, auch wenn die Versicherungssumme nicht zur Wieder-Wiederherstellung verwendet wurde. Es steht aber in diesem Falle dem Hypothekengläubiger das Recht zu, die Sicherstellung zu verlangen. Erfolgt die Zuschreibung eines Grundstücks zu einem anderen im Grundbuch, so erstrecken sich die an diesem Grundstück bestehenden Hypotheken auf das zugeschriebene Grundstück. Immerhin haben etwa vorhandene Rechte des zugeschriebenen Grundstücks vor den Hypotheken des Stammgrundstücks den Vorrang.

(Fortsetzung folgt.)

Krisenabgabe und Naturalsteuern

Die Handelskammern zu den neuen Steuerprojekten

Am 5. und 6. Oktober fand in Warschau eine Tagung des polnischen Handelskammernverbandes statt, auf der zu den von der Regierung eingebrachten Steuerprojekten Stellung genommen wurde. Gleich eingangs wurde festgestellt, daß die Grundeinstellung der Handelskammer zur beabsichtigten Erhöhung der Einkommensteuer und einiger direkten Steuern, deren Notwendigkeit von der Regierung mit der schweren budgetären Situation des Staates begründet wurde, unlösbar verbunden sei mit der Erfüllung der Forderung nach gleichzeitiger Novellierung der Verordnung über die Gewerbesteuer in der Richtung einer weitgehenden Herabsetzung derselben. Zu der projektierten Herausgabe zweier Novellen zur Einkommensteuer wird erklärt, daß ein Steuergesetz nicht rückwirkende Kraft haben könne und daß die Bestimmung einer Verbindung der nichtfundierten Einnahmen, die von verschiedenen Beschäftigten eingehoben werden, sich nicht auf die Einnahmen beziehen dürfe, die noch vor dem 1. Oktober d. Js. erlangt wurden.

Was die sogenannte Krisensteuer anbelangt, so sprach sich die Tagung gegen eine zu große Ausbreitung der Einnahmen in einer Stufe aus, die Eingänge von 10 000 bis 60 000 Zloty umfaßt, und wies auf die Notwendigkeit einer Verteilung dieser Stufe zumindest auf zwei Teile, sowohl bei den fundierten wie bei den nichtfundierten Einnahmen aus. Die Verordnung über die Entrichtung der Steuern in Natura soll angeben, welche Steuer und in welchen Zeiträumen sie entrichtet werden soll. Gleichzeitig wurde erklärt, daß außer mit Getreide, Kartoffeln und Kohle auch noch die Bezahlung der Steuern mit Erbsen und Brennholz zulässig sein müßte. Schließlich wurde noch die Notwendigkeit unterstrichen, daß das Gesetz auch angeben müsse, wer die Preise der an Steuern statt zu liefernden Artikel festsetzen werde sowie ferner, daß diese Artikel ausschließlich für Zwecke der direkten Arbeitslosenunterstützung in Natura verwendet werden und weder ein Handelsverkehr noch ein sonstiger Austausch in denselben stattfinden dürfe. Auf dem Gebiete der indirekten Steuern sprach sich die Tagung gegen eine solche Konstruktion der Biersteuersätze aus, die die größeren Brauereien begünstigt, und befürwortete einen anderen Aufbau derselben. Hinsichtlich der Weinsteuer protestierte die Tagung gegen die Erhöhung der Steuersätze für Wein aller Art und plädierte dafür, daß gleichzeitig mit der Hinaufsetzung der Sätze für Inlandsweine auch eine entsprechende Erhöhung für ausländische Erzeugnisse erfolgen müsse. Zur Verordnung über die Regelung der Zuckerumsätze erklärte der Kammernverband im Hinblick darauf, daß er bisher keine Möglichkeit hatte, an der bisherigen Zuckerpolitik mitzuwirken, sich die Stellungnahme in einem späteren Zeitpunkt vorzubehalten, wo er auch an Fragen der polnischen Zuckerindustrieaktien Anteil nehmen wolle, und übertrug die Ausarbeitung dieser Agenden der Posener und Warschauer Kammer.

Die neue Rechtsanwaltsordnung

Starke Einschränkung der Advokatenfreiheit

Der Rechtskommission des Sejm wurde auf der letzten Sejmsitzung ein Regierungsprojekt über eine neue Rechtsanwaltsordnung für ganz Polen eingereicht. Die Abfassung der neuen Rechtsanwaltsordnung erinnert sehr stark an das bekannte **Pressegesetz**, das mit den Worten begann „Die Presse ist frei“ und in Wirklichkeit die Pressefreiheit aufhob; ähnlich wird in der neuen Anwaltsordnung die Advokatur als eine „Einheit beruflicher Selbstverwaltung“ bezeichnet, zugleich aber die Selbstverwaltung stark eingeschränkt, wenn nicht gar aufgehoben.

Im Sinne des neuen Gesetzesprojektes wird in die Liste der Anwälte eingetragen, der außer den bis dahin geltenden Bedingungen wie polnische Staatsangehörigkeit, Unbescholtenheit, Kenntnis der polnischen Sprache und Universitätsexamina eine Applikantenzeit bei einem Anwalt absolviert und das Anwaltsexamen abgelegt hat. Personen, die **mindestens 2 Jahre Dienstzeit als Richter** oder Staatsanwälte hinter sich haben, sind von der Applikantur und dem Anwaltsexamen **befreit;** sie können jedoch nicht während der Zeit von 5 Jahren seit der Aufgabe des Gerichtsdienstes in dem Orte eine Anwaltspraxis eröffnen, wo sie als Richter oder Staatsanwälte angestellt waren. Diese Vorschrift findet jedoch auf Sitze von Appellationsgerichten **keine** Anwendung. Von der Applikantur und dem Anwaltsexamen sind ferner Rechts-Professoren und Dozenten akademischer Schulen befreit, ferner alle diejenigen, die das Richterexamen gemacht haben und mindestens 2 Jahre als **Referendar im Staatsdienst** beschäftigt waren.

Besonders geregelt ist im Projekt
die Ausbildung des Advokatennachwuchses.
In die Liste der Advokatenapplikanten kann eingetragen werden, wer außer den schon oben erwähnten Bedingungen wie polnische Staatsangehörigkeit usw. das Universitätsstudium beendet hat und die **Bescheinigung eines Anwaltes** beibringt, der bereit ist, ihn zur Ausbildung für den Anwaltsberuf aufzunehmen. Die Applikatur dauert fünf Jahre; nach Ablauf dieser Zeit muß das Advokatenexamen abgelegt werden. Die Anwaltsapplikanten können jedoch schon vor diesem Examen ihre Lehrherren (Patronen) vor allen Gerichten vertreten mit Ausnahme der Appellationsgerichte, des Obersten Gerichts, Obersten Verwaltungsgerichts und Kompetenzgerichtshofes. Im ehemals preußischen Teilgebiet können Gerichtsapplikanten im Laufe eines Jahres seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes ein Gesuch um Zulassung zur Advokatenapplikantur einreichen. Die im Gerichtsdienst schon verbrachte Zeit wird ihnen dann für die Advokatenapplikantur angerechnet.

Wird das Gesuch um Einschreibung in die Anwaltsliste abgelehnt, so kann dieser Bescheid innerhalb von 2 Monaten seit der Zustellung bei dem Verwaltungsrat des Appellationsgerichts angefochten werden. **Diesem Verwaltungskollegium des Appellationsgerichts steht eine höhere Aufsicht über den Advokatenstand zu,** vor allen Dingen in Sachen der beruflichen Selbstverwaltung. Auf diese Weise ist die Advokatur in starkem Maße vom Richterstand und damit auch vom Justizministerium abhängig, denn das Verwaltungskollegium des Appellationsgerichts setzt sich aus dem Vorsitzenden des Appellationsgerichts, 2 von diesen ernannten Richtern und 2 Richtern, die von der allgemeinen Versammlung der Richter des Appellationsgerichts gewählt werden, zusammen. Außerdem hat das Justizministerium in bezug auf den Anwaltsrat, einem Selbstverwaltungsorgan der Advokatenkammer, dieselben Rechte wie das Verwaltungskollegium des Appellationsgerichts. So kann der Justizminister beispielsweise auf Vorstellungen des Vorsitzenden des Appellationsgerichts hin unwiderruflich die Beschlüsse des Anwaltsrats aufheben und Schritte unternehmen, um die Rechtsordnung in seinem Sinne wiederherzustellen. Ferner kann er den Anwaltsrat auflösen, **wenn von ihm Ordnung und Sicherheit gefährdet werden.** Die Tätigkeiten des Rates können für die Zeit der Auflösung Richtern und Staatsanwälten übertragen werden.

Rechte und Pflichten der Anwälte werden ähnlich wie bisher vom Projekt geregelt. Allerdings bestehen auch hier wichtige Einschränkungen. **So ist es einem Anwalt nicht mehr gestattet, irgendwelche Stellungen in Industrie und Handel mit seinem Amte zu verbinden,** ausgenommen die Stellung als Rechtsberater. Auf diese Weise werden alle Anwälte, die heute im Vorstand und Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften sitzen, ihre Stellungen mit dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgeben müssen. Auch in den Disziplinarvorschriften zeigt sich eine starke Einschränkung der bisherigen Rechte. Abgesehen davon, daß hier die Gerichte eine weite Ingerenz in der Entscheidung von Disziplinarsachen besitzen, so können sie außerdem einem Anwalt, der in Wort und Schrift Recht und Gericht verletzt und mißachtet, unverzüglich während des anhängigen Rechtsstreites zu einer Disziplinarstrafe verurteilen und sogar die Streichung von der Anwaltsliste aussprechen.

Die Freizügigkeit der Advokaten wird vom neuen Projekt nicht eingeschränkt, so daß mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes (am 1. März 1932) eine Masseneinwanderung besonders von galizischen Applikanten zu erwarten ist, die eine Proletarisierung der Advokatur hervorrufen können. Aus diesem Grunde und wegen der schon hervorgehobenen Beschränkungen der Anwaltsfreiheit dürfte eine starke Opposition der Anwälte gegen dies Regierungsprojekt zu erwarten sein.

Steuer-Rundschau

Die Abschreibung uneintreibbarer und zweifelhafter Forderungen bei der Einkommensteuerveranlagung

Nach dem Rundschreiben des Finanzministers vom 6. März 1931 (L. D. V. 1348/2/31).

Angesichts der verschiedenartigen Praxis bei Abschreibung von uneintreibbaren bzw. dubiosen Forderungen bei Bemessung der Einkommensteuer für juristische Personen, die auf Grund des Art. 21 des Einkommensteuergesetzes besteuert werden, erklärt das Finanzministerium in Uebereinstimmung mit dem Standpunkt des Obersten Verwaltungsgerichts folgendes:

Bei der Abschreibung von uneintreibbaren bzw. dubiosen Forderungen direkt vom betr. Konto durch juristische Personen, die auf Grund des Art. 21 des Einkommensteuergesetzes besteuert werden, ist bei Bemessung der Einkommensteuer die Richtigkeit der Abschreibung nicht nur dann anzuerkennen, wenn genaue Beweise der Uneintreibbarkeit, wie Zahlungsunfähigkeit des Schuldners, Erfolglosigkeit des Prozesses, Einigung zwischen Gläubiger und Schuldner und ähnliches enthaltend, vorgelegt werden, sondern auch dann, wenn der Steuerzahler glaubhaft macht, daß z. Zt. der Abschreibung die Forderung uneintreibbar war. Der Ausschluß von Wahrscheinlichkeiten der Nichteintreibbarkeit bestimmter Forderungen ist nicht zulässig; sie können verschieden sein, die Beurteilung jedes muß individuell sein, in jedem Falle muß in den Bemessungsakten angegeben werden, welche Umstände zur Glaubhaftmachung der Uneintreibbarkeit vorgelegt wurden, sowie daß ihre Wahrscheinlichkeit geprüft und festgestellt worden ist.

Es wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Uneintreibbarkeit bestimmter Forderungen nur auf Grund der Bedingungen des betr. Geschäftsjahres zu beurteilen ist, in welchem die zweifelhafte Forderungen abgeschrieben wurde, weshalb die Tatsache, daß die abgeschriebenen Forderungen teilweise oder gänzlich in späteren Jahren eingegangen ist, der Richtigkeit der Abschreibung in dem früheren Geschäftsjahre nicht entgegenstehen kann.

Prolongation stempelfreier Wechsel

der Novelle zum Artikel 122, letzter Absatz.

Auf Grund des Stempelgesetzes ist ein gezogener Wechsel frei von der Stempelgebühr, wenn er im Auslande zahlbar ist und wenn der Trassat im Auslande seinen Wohnsitz hat; ein solcher Wechsel unterliegt jedoch der Stempelgebühr, wenn die Bezahlung desselben ganz oder teilweise in Polen erfolgt.

Wenn die Wechselsumme am Fälligkeitstage nicht bar bezahlt wird, sondern der Besitzer des Wechsels von dem Wechselschuldner einen Prolongationswechsel erhält, der über dieselbe Summe aber mit einem späteren Fälligkeitstermin ausgestellt ist, als der erste Wechsel (und wenn dieser dem Wechselschuldner ausgehändigt wird), so stellt der Austausch der Wechsel nur eine Verschiebung des Zahlungstermins dar, bedeutet aber keinesfalls eine Bezahlung. Deshalb entsteht nach der Auslegung des Finanzministeriums durch diese Transaktion nicht die Pflicht einer Nachverstemplung, die im letzten Absatz des Art. 122 des Stempelsteuergesetzes vorgesehen ist.

Wenn also ein im Auslande fällig gestellter Wechsel ausgestellt wird, bei dem eine im Auslande wohnende Person der Bezogene ist, so ist dieser Wechsel nicht nur im Augenblick des Ausstellens von der Stempelgebühr befreit, sondern auch dann, wenn der Besitzer des Wechsels bei Fälligkeit desselben ihn im Bereich der Republik Polen einem Giranten zurückgibt und dafür einen Prolongationswechsel erhält.

Rechtsspiegel

Ist die Beschränkung des Zinsfußes durch das B. G. B. noch gültig?

Nach § 247 B. G. B. kann der Schuldner, wenn ein höherer Prozentsatz als 6 Prozent vereinbart ist, das Kapital nach dem Ablauf von 6 Monaten unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten kündigen. Diese Gesetzesbestimmung ist **vom** polnischen Gesetzgeber ausdrücklich aufgehoben worden. Doch hat das Appellationsgericht in Posen, wie aus dem folgenden zu ersehen ist, ihre Anwendbarkeit verneint, da sie den wirtschaftlichen Bedürfnissen der heutigen Zeit nicht mehr entspricht. In dieser Entscheidung vom 30. Mai 1930 I. 3. X. 104/30 wurde u. a. folgendes ausgeführt:

Jede Rechtsbestimmung hat ihre Begründung und ihren Zweck, sie ist nicht abstrakt, unabhängig von anderen Gesetzesbestimmungen und von den Bedürfnissen des gesellschaftlichen Lebens auszulegen, sondern in Verbindung mit diesen. Grundsätzlich ist es den Parteien gestattet, die Höhe der Zinsen frei zu vereinbaren, nur mit drei Einschränkungen, welche in den §§ 138, Abs. 2, 247 und 248 des B. G. B. enthalten sind. Bei Entstehung des B. G. B. § 247 war der gesetzliche Zinsfuß 4 Prozent jährlich. So lange die wirtschaftlichen Verhältnisse keinen größeren Abänderungen unterlagen, konnte sich dieser Zinsfuß auch nicht wesentlich ändern. Der Weltkrieg mit seiner Inflation und nachher die Nachkriegszeit mit der stabilisierten Währung und nicht stabilisierten wirtschaftlichen Struktur haben den Gesetzgeber zur Aenderung des gesetzlichen Zinsfußes veranlaßt. Daher ist der 4prozentige Zinsfuß auf 24 Prozent gestiegen, dann auf 15 Prozent gefallen, und gegenwärtig beträgt er seit 1. März 1927 10 Prozent.

Logischerweise müßte der Gesetzgeber, wenn er neue diesbezügliche Bestimmungen schafft, die bisherigen Gesetzesbestimmungen abändern. Zu solchen Bestimmungen, welche abgeändert oder aufgehoben werden müßten, gehört auch der § 247 B. G. B. Diese Bestimmung sollte den Schuldner schützen vor unüberlegten Verpflichtungen mit hohem Zinssatz und von langer Dauer. Deshalb hat der Gesetzgeber dem Schuldner, falls ein höherer Zinssatz als 6% vereinbart wurde, das Kündisatz als 6 Prozent vereinbart wurde, das Kündigungsrecht unter Einhaltung der sechsmonatigen Kündigungsfrist gewährt mit der Maßgabe, daß dieses Recht durch eine Vereinbarung weder ausgeschlossen noch begrenzt werden könne. Der Gesetzgeber war somit der Ansicht, daß der Schuldner zu schützen sei, wenn er Zinsen vereinbart, welche die gesetzlichen Zinsen um die Hälfte übersteigen, in der Annahme, daß ein Uebermaß der Zinsen vorliege.

Im gegebenen Falle hat der Kläger nur 10prozentige Zinsen, somit gesetzliche Zinsen, vereinbart, trotzdem, was notorisch ist, der inoffizielle Zinsfuß höher sei. Das widerspricht zwar dem toten Buchstaben des Gesetzes in § 247 B. G. B., mit Rücksicht jedoch darauf, daß diese Bestimmung mit der Feststellung eines höheren gesetzlichen Zinsfußes obsolet wurde, widerspricht sie nicht dem Geiste und der Absicht des Gesetzes, welche in dieser Bestimmung zum Ausdruck gelangt ist. Diese Bestimmung ist vielmehr gegenwärtig so zu interpretieren, daß sie im Einklang mit den neuen Bestimmungen des Gesetzgebers über die Höhe des Zinsfußes steht und dem wirtschaftlichen Leben dient.

Obwohl diese Bestimmung bisher keiner Aenderung unterlag und formell im nicht abgeänderten Wortlaut fortbesteht, kann sie also demnach nicht unabhängig von den späteren anderweitigen Gesetzesbestimmungen und von den Erfordernissen des wirtschaftlichen Lebens zur Anwendung gelangen.

Der Beschwerdeführende ist zwar eine zehnjährige Verpflichtung eingegangen, somit eine langdauernde Verpflichtung; die dauernd fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse jedoch und die Tatsache, daß die Währungen stabilisiert sind, weisen nicht darauf hin, daß vor Ablauf dieser zehn Jahre eine grundsätzliche Aenderung der Verhältnisse erfolgen wird. Der vereinbarte 10prozentige Zinsfuß ist somit kein anormal hoher, wie das Gericht erster Instanz dies behauptet, sondern ein niedriger, der für den Beschwerdeführenden kaum zu schwer sein dürfte.“

Diese Entscheidung des Appellationsgerichts in Posen bestätigt nur das, was in der Praxis schon lange geübt und als richtig anerkannt wird. Trotzdem ist diese Entscheidung wichtig, weil sie evtl. Beschwerden, die sich auf den verstaubten § 247 B. G. B. stützen, vorbeugt. Außerdem aber zeigt sich hier wie überhaupt in der Rechtspraxis, daß gesetzliche Bestimmungen, vom Zahn der Zeit zernagt, schließlich ihre Geltung verlieren können. Die vorliegende Entscheidung mit näherer Angabe des Tatbestandes ist abgedruckt in: Czasopismo Adwokatów Polskich 1930 Nr. 7/8/9, S. 111.

Verzeichnis der Wort-Warenzeichen

Das Staatliche Patenamt hat zum ersten Male ein Verzeichnis der von dem Patentamt im Jahre 1930 registrierten Wort Warenzeichen veröffentlicht (Preis 25 Zloty, Anschrift: Warszawa, Elektoralna 2, Zimmer 336).

Um die Stabilität der Reichsmark

Deflation — Inflation — Re-Deflation?

Wirtschaftsbrief aus Berlin.

Die Zahl der Projekte, die jetzt auftauchen, um die Welt aus der grossen Krise zu retten, wächst unübersehbar an. Jedem, der heute noch den Versuch wagen sollte, sich in diesem Irrgarten zurechtzufinden, müsste das Wort des früheren Polizeipräsidenten von Berlin („Ich warne Neugierige") zugerufen werden. Inzwischen wächst aber die Not, und Abhilfe wird immer dringender. Die leidende Menschheit will wissen, was zu tun ist, was geschehen soll.

In Deutschland streitet man sich neuerdings besonders darum, ob das Heil auf dem Wege einer inflatorischen oder einer deflatorischen Wirtschaftspolitik gesucht werden sollte. Man fühlt aber, dass beides seine Haken hat: auf der einen Seite schrecken unsere eigenen Erfahrungen aus der Nachkriegszeit, auf der anderen Seite das Beispiel der jetzigen Weltwirtschaftskrise selbst, für die eine wesentliche Teilursache in einer deflatorisch wirkenden Kreditpolitik der grossen Gläubigerländer erblickt wird. Infolgedessen flüchtet man sich zu einem neuen Schlagwort, der „Re-Deflation". Mit diesem Ausdruck soll eine Wirtschaftspolitik charakterisiert werden, die, von den deflatorischen Ursachen der Krise ausgehend, eine Kreditpolitik des „Durchhaltens" empfiehlt, während eine eigentliche Kreditausweitung vermieden werden soll. Abgesehen davon, dass der Ausdruck „Re-Deflation" durchaus missverständlich ist (was hier gemeint ist, wäre vielleicht eher als „Retro-Deflation" zu bezeichnen), wirken aber Schlagworte dieser Art heute unbefriedigender denn je, selbst wenn sie, wie es hier der Fall ist, einen richtigen Kern in sich tragen. Versuchen wir also, in äusserster Kürze anzudeuten, um was es sich handelt bzw. was geschehen soll.

*

Die Reichsbank steht vor der Aufgabe, den Kurs der Mark unter allen Umständen auf der alten Parität zu halten. In unseren letzten Artikeln haben wir auseinandergesetzt, dass eine Nachahmung des englischen Beispiels für Deutschland unter keinen Umständen in Frage kommen kann, dass aber andererseits die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Markparität durchaus vorhanden ist. Selbst nach der inzwischen wieder verschlechterten Devisensituation der Reichsbank kann diese Ansicht aufrecht erhalten bleiben. Die Oeffentlichkeit ist durch die Kommentare, die an den letzten Reichsbankstatus geknüpft wurden, vielleicht mehr beunruhigt worden als notwendig. Abgesehen davon, dass die unvermeidliche Devisenbeanspruchung für Oktoberzinszahlungen an das Ausland nicht genügend berücksichtigt wurde, ist nach den Bestimmungen des Stillhalteabkommens nicht damit zu rechnen, dass die Devisenbeziehungen sich in dem bisherigen Masse fortsetzen. Ausserdem sollen jetzt Effektenverkäufe von Ausländern, die bisher ebenfalls Devisenabziehungen verursacht hatten, ganz unterbunden werden. Darüber hinaus bleibt der Reichsbank schlimmstenfalls auch die Möglichkeit des § 18 des Stillhalteabkommens, nach welchem bei einer Gefährdung des Markkurses Devisenzahlungen auf Grund ausländischer Guthaben in Deutschland ganz eingestellt werden können.

Diese devisenpolitischen Massnahmen müssen aber verkoppelt sein mit einer systematischen Knapphaltung des Markumlaufes. Und zwar wird diese Taktik um so notwendiger, je schwieriger die internationale Konkurrenzlage gegenüber dem entwerteten Pfund wird. Mit anderen Worten,

die in England stattfindende Inflation kann Deutschland nur durch Deflation parieren.

Diese Notwendigkeit wird von den massgebenden Stellen der deutschen Wirtschaftspolitik durchaus erkannt. Die in der neuen Notverordnung angekündigten Massnahmen zur Senkung des Preisniveaus und der Produktionskosten, die auch den längst geforderten Ausgleich der bestehenden Disproportionalitäten im deutschen Preisgefüge in die Wege leiten sollen, laufen in dieser Richtung.

Für den geschwächten Organismus der Wirtschaft bedeutet diese Politik des Preisdrucks eine weitere Beanspruchung. Soweit die Kreditpolitik der Reichsbank dabei in Frage kommt, kann aber im taktischen Vorgehen einiges geschehen, um diesen erneuten Druck nicht allzu sehr zu verschärfen. Ist auf der einen Seite an eine verstärkte Kreditausweitung nicht zu denken, so muss auf der anderen Seite vermieden werden, dass die unerlässliche Zusammenziehung der Kreditbasis die gesamte Wirtschaft nicht mehr belastet als unbedingt notwendig. Dafür bleibt bei der aussergewöhnlichen Lage, in der wir uns heute befinden, nichts anderes als das aussergewöhnliche Mittel einer individuellen Kreditprüfung. Eine Veränderung des Diskonts könnte dies ebensowenig leisten wie eine generelle Kreditrestriktion.

Diese Zwangslage wird von der Leitung der Reichsbank durchaus erkannt. Wenn sie daher jetzt zu einer genaueren Einzelprüfung des ihr eingereichten Wechselmaterials übergeht, so wird es notwendig sein, den Druck hauptsächlich da anzusetzen, wo er möglichst unmittelbar eine Forcierung unserer Ausfuhr bewirken kann. Wenn sie jedoch im übrigen ihrer bisherigen Einstellung entsprechend versucht, ihre Kreditpolitik so einzurichten, dass ein völliges Abwürgen der noch bestehenden Reste unserer Wirtschaft vermieden wird, so ist dies wohl gerechtfertigt, wenn gleichzeitig durch die angekündigten Regierungsmassnahmen eine

Anpassung der noch immer überhöhten gebundenen Preise und Kostenbestandteile an die gesunkenen Preise des freien Marktes

erreicht wird. Diese Kombination von Kreditpolitik der Reichsbank und Preispolitik der Regierung würde in der Tat den zur Zeit einzig möglichen Kurs zwischen der Scylla einer Inflation und der Charybdis weiterer Deflation hindurchsteuern. Ob man diesen Kurs als Re-Deflation bezeichnen will oder anders, bleibt eine terminologische Frage.

*

Weltwirtschaftlich gesehen liegen die Dinge jedoch ganz anders. Bei dem Versuch, die brachliegenden Kapitalreserven der grossen Gläubigerländer zu mobilisieren, besteht für die betreffenden Staaten keinerlei währungspolitische Gefahr. So wäre es selbstverständlich möglich, das in Amerika, Frankreich und in anderen kleineren Ländern lagernde Gold etwa im Sinne des von dem Sachverständigen der amerikanischen Bundesreservebanken, Randolf Burgess, herausgebrachten neuen Projektes als Unterlage für die Ausgabe von Goldzertifikaten in Höhe von 1 Milliarde $ durch die BIZ zu verwerten. Ob eine solche Emission allerdings die Wirkung einer Kapitalübertragung von den kapitalstarken auf die kapitalschwachen Länder haben würde, wäre von den Modalitäten bei der Ausführung des Plans abhängig. Indessen werden bereits von vornherein aus Frankreich ablehnende Stimmen laut, so dass wenig Aussicht vorhanden zu sein scheint, dass der Burgess-Plan überhaupt praktische Gestalt annehmen könnte (während das kurz vorher bekanntgewordene angebliche Projekt von Quesnay sich überhaupt sehr bald als Seifenblase erwies).

Ganz andere Chancen hat jedoch das neue amerikanische Programm,

für das sich Präsident Hoover selbst mit seiner ganzen Autorität einsetzt. Der Grundgedanke dieses neuen Hoover-Planes ist eine Ausweitung des Kreditvolumens durch Eröffnung neuer Rediskontmöglichkeiten im Betrage von 500 Mill. $. In diesem Umfange sollen von den amerikanischen Bundesreservebanken Bankakzepte diskontiert werden, die bisher nicht zum offiziellen Diskont zugelassen wurden. Auf diese Weise würde in Amerika eine Ausweitung des gesamten Kreditvolumens erreicht werden, die man sich in den kapitalschwachen Ländern nicht leisten kann. Hinsichtlich der Ausführung des neuen Projektes erscheint es allerdings recht fraglich, ob die Summe von 500 Mill. $ im Verhältnis zu dem amerikanischen Gesamtkreditumfang ausreichend sein wird. Voraussetzung ist ausserdem, dass der neugeschaffene Kredit eine systematische Verwendung erfährt. Es bleibt aber auch dann noch eine grosse Frage, ob das psychologische Moment für die Wirksamkeit einer solchen Massnahme nicht bereits verpasst ist, d. h. ob einer allgemeinen Ankurbelung auf Grund solcher Investitionen nicht die allgemeine Vertrauensbaisse bereits allzusehr hindernd im Wege steht. Viel weniger brauchen wir uns darüber den Kopf zu zerbrechen, ob eine unmittelbare Nutzbarmachung dieser zusätzlichen amerikanischen Kreditmengen für Europa bzw. für Deutschland sichergestellt werden wird. Sollte die Aktion in Amerika selbst zu einer Wiederbelebung führen, so wird dies unmittelbar ohnehin auf Europa und auf Deutschland zurückwirken.

*

Dies neue Hoover-Programm wird man mit einigem Recht als Re-Deflation bezeichnen können, wenn man diesen Ausdruck schon gebrauchen will. Jedenfalls ist der Sinn der geplanten Massnahme darin zu suchen, dass der Versuch gemacht wird, die deflatorische Bankpolitik rückgängig zu machen, die man endlich als eine der wesentlichen Ursachen der Weltkrise erkannt hat. Dem Prinzip nach wird man den neuen Hoover-Plan mindestens ebenso sehr zu begrüssen haben wie das vor einigen Monaten verkündete Schuldenmoratorium, das jetzt um einige Jahre verlängert werden soll, während seine günstige Wirkung damals durch die französische Obstruktionstaktik fast ganz zuschanden kam. Der grosse Vorzug des neuen Projektes, dass es von der USA.-Finanz allein auszuführen ist, wird der Weltwirtschaft weit über die amerikanischen Grenzen hinaus zugute kommen.

Damit machen die Amerikaner noch in dreizehnter Stunde den Versuch, die Dinge an der Wurzel zu packen. Sein Gelingen bleibt zweifelhaft. Es hängt letzten Endes von dem noch vorhandenen Rest an psychologischen Kraftreserven ab.

Auch Oesterreich verteidigt seine Währung

Der anhaltende Kursrückgang des österreichischen Schillings auf den internationalen Devisenmärkten hat die österreichische Regierung zur Verteidigung des Schillings auf den Plan gerufen. Dem Parlament ist ein Gesetz zum Schutze der Währung und Wirtschaft vorgelegt worden, das zur Ergreifung aussergewöhnlicher Massnahmen berechtigt. Das Gesetz, welches sofort vom österreichischen Nationalrat angenommen worden ist, hat eine strenge Devisenordnung zur Folge gehabt, die insbesondere die Erfassung der Exportvaluten und die Kontrolle des Devisenhandels durch die Nationalbank vorsieht. Die Verordnung verlangt eine Anmeldepflicht für sämtliche Exportvaluten, für alle im Besitz von Privatpersonen befindlichen Auslandsvaluten, deren Gegenwert den Betrag von 1000 Schilling überschreitet, sowie für alle Auslandsguthaben und Konti in fremder Währung. Privathandel mit Valuten und Devisen im Auslande ist strengstens untersagt. Die Valutenzuteilung im Privatverkehr erfolgt ausschliesslich durch Banken und Kommissionsfirmen, denen die Befugnis hierzu von der Nationalbank erteilt worden ist. Die Zuteilung von Valuten und Devisen kann nur im Wege und nur mit Genehmigung der Nationalbank erfolgen, der die alleinige Bewirtschaftung des Devisenverkehrs anvertraut wird. Zum Zwecke der Zuteilung von Devisen wird bei der Notenbank ein Komitee eingesetzt, das über die Legalität des Bedarfs zu entscheiden hat. Die Ausfuhr von Schillingnoten, in welcher Form immer, ist verboten. Der Uebernahmekurs aller von der Nationalbank zu übernehmender Devisen und Valuten wird von der Nationalbank selbst bestimmt. Verletzungen der gesetzlichen Bestimmungen werden mit überaus strengen Strafen belegt. Die im Gesetz vorgesehenen Strafbestimmungen bestehen in Geldstrafen von 300 000—500 000 Schilling, wobei auch Freiheitsstrafen verhängt werden können. Gegen Ausländer, die das Gesetz verletzen, wird überdies mit dauernder Abschaffung aus dem österreichischen Bundesgebiet vorgegangen.

Die Posener Börse im 3. Quartal

Die verflossenen drei Monate haben der Wirtschaft und den Finanzmärkten Ueberraschungen gebracht, wie sie seit dem Weltkriege und der Inflation nicht zu verzeichnen waren. Im Zeichen der internationalen Katastrophen standen auch die polnischen Börsen, obgleich Polen nur verhältnismässig wenig von ihnen heimgesucht wurde und mehr in indirekter Weise ihre Folgen zu spüren bekam.

Die deutsche Finanzkrise im Juli verursachte in Polen eine ziemlich heftige Dollarhausse, doch gelang es, der Gefahr stärkerer Kapital- und Devisenabflüsse Herr zu werden. Stärkere Beunruhigung löste naturgemäss der Ausbruch der englischen Krise aus, um so mehr, als einige der wichtigsten Exportzweige Polens bisher den Grossteil ihrer Abschlüsse unter Zugrundelegung des Pfundes tätigte. Einen anhaltenden Druck übte die hoffnungslose Stagnation am Inlandsmarkte, der Tiefstand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und die sich vergrössernde Arbeitslosigkeit aus, zu dem als weiteres Moment noch die schlechte Lage der Staatsfinanzen und die drohenden Steuererhöhungen kamen. Alle diese Faktoren verursachten einen allgemeinen Kursrückgang der polnischen Wertpapiere, von dem besonders auch die festverzinslichen Papiere in starkem Masse erfasst wurden. Doch waren im Verlauf der drei Monate Juli, August, September diese Kursrückgänge nicht erheblich, sondern betrugen im Durchschnitt etwa 5—7 Prozent. Erst die ersten Tage des Oktober brachten stärkere Einbussen um 10—14 Prozent im Zusammenhang mit dem Sturz der polnischen Anleihen auf dem amerikanischen Markt. Ganz deutlich ist diese Bewegung bei den Staatspapieren zu verfolgen. Die 5prozentige Konversionsanleihe notierte Anfang Juli noch mit 45 Prozent, Ende September betrug der Kurs 41 Prozent. Anfang Oktober erfolgte dann eine Erschütterung, nach der mittlerweise der Stand von 41 Prozent wieder erreicht worden ist. Vierprozentige Investitionsanleihe wurde Anfang Juli mit 87 Prozent gehandelt, im September ging der Kurs bis auf 83 Prozent zurück, im Oktober erfolgte dann der Stoss, der das Papier nach einer letzten Notierung zu 80 Prozent fast gänzlich aus dem Handel brachte.

Gut gehalten haben sich dagegen die 8prozentigen Obligationen der Stadt Posen von 1926, 27 und 28, deren Notierungen sich fast ohne Schwankungen auf 92 Prozent hielten, einen unveränderten Stand auf 88 Prozent hat auch die 7prozentige Wohnungsanleihe der Stadt Posen aufzuweisen. Fest lagen auch die Obligationen der Komunalny Bank Kredytowy und der Zach. Polskie Tow. Kred., obgleich die Umsätze mit diesen Papieren einen geringeren Umfang hatten.

Den stärksten Umsatz hatten die 8prozentigen Dollarpfandbriefe der Posener Landschaft aufzuweisen, die Anfang Juli mit 90 Prozent gehandelt wurden, bis auf 91 Prozent anzogen, dann jedoch einen Rückgang bis auf 83 Prozent erfuhren, der gleichzeitig die stärkste Einbusse von allen Papieren darstellt.

6prozentige Roggenpfandbriefe litten verhältnismässig wenig; nach einem Stand von 14.50 zu Anfang Juli stieg der Kurs unter mehrfachen Schwankungen bis auf 15.80, um im September jedoch bis auf 13.90 zurückzugehen. 4prozentige Konvertierungspfandbriefe hatten stärkere Einbussen zu verzeichnen, da ihr Kurs von 34 Anfang Juli auf 29 im September nachgab.

Von Bankaktien wurden eigentlich nur die Aktien der Bank Polski gehandelt, deren Kurs von 110 bis auf 113.50 stieg, um allerdings im Oktober erneut nachzugeben.

Von Industriepapieren erzielten die grössten Umsätze Cegielski, deren Kurs von 27 im Juli auf 31 im September stieg, um sich auch im Oktober auf diesem Stand zu halten. Roman May notierten im Juli 22, im August, wo die letzte Notierung stattfand, 20. Herzfeld Viktorius wurde im September mit 12 und 13 gehandelt und konnte diesen Kurs auch in den ersten Oktobertagen behaupten. Notiert wurden im September ausserdem Grätzer Brauereien mit 50 und Hartwig Kantorowicz mit 30.

Auch die übrigen Industriepapiere hatten in den letzten Septembertagen ziemlich zahlreiche Umsätze aufzuweisen, die jedoch durchweg eine zu geringe Höhe hatten, als dass Kurse hätten festgestellt werden können.

Sorgenvolle Tage der Montanindustrie

Pfundkrise und Kohlenexportschwierigkeiten — Die Russlandgeschäfte der Eisenindustrie

Die oberschlesische Bergwerks- und Hüttenindustrie durchlebt Tage voll schwerer Sorgen, die ihren sichtbarsten Niederschlag in immer neuen Kündigungen, Entlassungen und Stillegungen finden.

Als die englische Regierung die folgenschwere Entscheidung traf, die Goldwährung aufzuheben und die Kursentwicklung des Pfundes zunächst einmal ihrem Schicksal zu überlassen, haben wir sofort, entgegen der landesüblichen kurzsichtig-optimistischen Beurteilung der so geschaffenen Situation auf den Weltmärkten auf die Gefahren hingewiesen, die sich notwendigerweise für die polnische Wirtschaft ergeben müssen. Heute ist man bereits in der Lage, die entstandenen Schäden sehr konkret zu bezeichnen, wenn sich auch ihr Ausmass noch nicht feststellen lässt.

Für die Kohlenindustrie hat sich zunächst die schmerzliche Folge ergeben, dass infolge der Pfundentwertung der ohnehin zu schlechten Preisen erfolgende Export nach den Nordmärkten noch verlustbringender geworden ist, da ja die betreffenden Kontrakte durchweg auf Schillingpreise lauten. Man hat zwar, wie wir hören, den Versand etwas gedrosselt, ihn jedoch keineswegs eingestellt und nimmt zunächst eine abwartende Haltung (ebenso übrigens die Ruhrindustrie) ein, da sowohl der Kurs des Pfundes von Tag zu Tag schwankt, und vor allem auch die weiteren Absichten Englands in bezug auf seine Währungs- und Handelspolitik noch ungeklärt sind. Allerdings dürften die von vielen Blättern gebrachten ziffernmässigen Angaben über die der Kohlenindustrie entstehenden Schäden übertrieben sein und insbesondere die in diesem Zusammenhang genannte Ziffer von 100 000 zł täglich erscheint völlig willkürlich. Auch die gleichfalls in einigen Zeitungen gebrachte Nachricht von langfristigen verlustreichen Schiffsraumkontrakten dürfte im wesentlichen der Grundlage entbehren, da bei der gegenwärtigen Lage des Frachtenmarktes und dem reichlichen Angebot von Schiffsraum nicht anzunehmen ist, dass die Kohlenexporteure sehr langfristige Kontrakte abgeschlossen haben.

Immerhin ist die Situation der Gruben im Nordeuropageschäft zweifellos bedrohlich, zumal ja für absehbare Zeit keine Aussicht besteht, neue Kontrakte zu besseren Preisen hereinzubekommen. Im Gegenteil, da doch die Engländer eben mit Hilfe der Pfundentwertung ihren Export erweitern wollen, ist sehr bald mit einem verschärften Kampf um diese Märkte zu rechnen. Bei dieser Lage der Dinge machen sich natürlicherweise die Schwierigkeiten, die der polnischen Kohle auf anderen Märkten bereitet werden, besonders ungünstig bemerkbar. Wir haben vor einigen Tagen bereits über die Kohleneinfuhrdrosselung seitens Frankreichs, Belgiens und Ungarns berichtet und wollen in diesem Zusammenhang nur noch darauf hinweisen, dass ein teilweiser oder gar vollständiger Verlust des ungarischen Marktes im Hinblick auf die verhältnismässig günstigen Preise, die dort erzielt werden, den Durchschnittserlös der Gruben weiter herabdrücken müsste.

(Fortsetzung folgt.)

Von den Aktiengesellschaften

Das Gummischuhkartell durch sowjetrussische Konkurrenz bedroht

Die polnische Gummischuhindustrie, die in den Jahren 1924 bis 1929 einen ständigen Aufschwung zeigte, macht gegenwärtig infolge des sowjetrussischen Dumpings eine starke Krise durch. Den Höhepunkt der Produktion erreichte die polnische Gummischuhindustrie im Jahre 1929 mit 10 564 000 Paar im Werte von etwa 54 000 000 zł. Im Jahre 1930 ging die Produktion zwar nur um 5 Prozent zurück, doch verminderte sich der Absatz um über 30 Prozent. Im laufenden Jahre konnten durch das inzwischen geschaffene Kartell der Gummischuhfabriken Waren im Werte von kaum 60 000 000 zł verkauft werden, was einem Drittel des Absatzes im gleichen Zeitraum des Jahres 1929 entspricht. Mit Rücksicht auf die Situation und das andauernde sowjetrussische Dumping wandte sich das Kartell der polnischen Gummischuhfabriken an die Regierung mit dem Vorschlage der Einführung von hohen Importzöllen für Gummischuhe aus dem Auslande. Die Preise der polnischen Gummischuhe wurden in der letzten Zeit durch die sowjetrussischen Gummischuhe fast um 40 Prozent unterboten.

Zur Zahlungseinstellung der Groslajt A.-G., Lodz

Die Zahlungseinstellung der Lodzer Groslajt A.-G. soll auf die Wirkungen der letzten Baumwollbaisse zurückzuführen sein. Die Groslajt A.-G. wurde bis zuletzt allgemein als eines der bestfundierten Lodzer Textilunternehmen angesehen; sie hatte noch in den schlechten Geschäftsjahren 1929 und 1930 mit Gewinn abgeschlossen. Die Groslajt A.-G. war vor einigen Jahren als erstes der Lodzer Textilunternehmen in Geschäftsverbindung mit der russischen Handelsmission getreten und hatte auch die Vertretung der russischen Baumwollgarne für Polen inne. Der Zusammenbruch kam, als das Unternehmen Ende September zwei in den Händen der Konkurrenzfirma I. K. Poznański befindliche Wechsel über kaum 7000 $ nicht einlösen konnte. I. K. Poznański hat, wie gemeldet, Konkurserklärung gegen die Groslajt A.-G. beantragt. Die Groslajt A.-G. legt eine Bilanz vor, die die Aktiven auf 12 Mill. Złoty, die Passiven (ohne eigene Mittel) auf 11 Mill. Złoty beziffert. Das Lodzer Handelsgericht wird seine Entscheidung erst Anfang November fällen.

Dollar und Pfund

Am gestrigen Montag notierte der Dollar an den internationalen Börsen folgendermassen: Paris 25.39 (10. Oktober 25.39), London 3.88 (10. Oktober 3.87), Berlin 4.209—4.217 (10. Oktober 4.209—4.217), Amsterdam 2.465 (10. Oktober 2.467), Zürich 5.095 (10. Oktober 5,095).

Der Kurs des englischen Pfundes gestaltete sich an den einzelnen Plätzen folgendermassen: Paris 98.875 (98.03), Berlin 16.32 (16.27), Amtserdam 9.60 (9.50), Zürich 19.80 (19.70). In New York fanden wegen des Nationalfeiertages keine Notierungen statt.

Keine Besserung in der Landwirtschaft

Nach den Angaben des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen Verbände brachte der Monat September der Landwirtschaft keine konjunkturelle Besserung, im Gegenteil war auf dem Gebiet der tierischen Produktion eine erneute Verschlechterung festzustellen. Die Gründe dafür sind einerseits in den Währungserschütterungen gerade der Länder, die für den polnischen Export in erster Linie in Frage kommen, zu suchen, andererseits in der verstärkten Konkurrenz der Donaustaaten, die aus den abgeschlossenen Präferenzabkommen mit Oesterreich, der Tschechoslowakei und Frankreich bereits beträchtlichen Nutzen ziehen. Man kann geradezu von einer Spezialkrise der Viehproduktion in Polen sprechen; die einzige Hoffnung der Landwirte bezieht sich auf die erwartete Besserung der Getreidepreise, auf die aber keineswegs mit Sicherheit gerechnet werden kann. Eine Verschlechterung haben auch die Butterpreise erlitten; auf diesem Gebiet machen sich die Auswirkungen der Pfundkrise sehr unangenehm fühlbar, da die Ausfuhr nach dem englischen Markt erheblich zurückgegangen ist. Auch die zeitweise Besserung der Inlandskonjunktur war nicht imstande, die hier erlittenen Einbussen wettzumachen.

Reorganisation des Eierexports

Eine Vorstandssitzung des Verbandes der polnischen Eierexporteure hat grundsätzlich die Schaffung regionaler Zweigverbände der Eierexporteure in Polen beschlossen, die im Sinne einer Regelung des Eierexports tätig sein sollen. Diese Zweigverbände sollen in erster Linie auch die kleinen Exporteure sich angliedern, die Konkurrenz zwischen den einzelnen Exporteuren beseitigen, die Einkaufspreise einheitlich festsetzen und für die bessere Durchführung der Standardisierungsbestimmungen Sorge tragen. Der Aussenhandelsausschuss des Verbandes der polnischen Industrie- und Handelskammern hat diesen Beschluss gebilligt und ausserdem angeregt, dass an der polnischen Grenze eine Kontrollinstanz zur Inspizierung der Eierexporte geschaffen wird.

Märkte

Posener Viehmarkt.

Posen, 13. Oktober 1931.

Auftrieb: Rinder 510, (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe —), Schweine 2550, Kälber 538, Schafe 171, Ziegen —, Ferkel — Zusammen 3769.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

Rinder:

Ochsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt	94—104
b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren	76—90
c) ältere	64—70
d) mäßig genährte	48—56
Bullen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	76—86
b) Mastbullen	70—74
c) gut genährte ältere	62—66
d) mäßig genährte	48—54
Kühe:	
a) vollfleischige, ausgemästete	90—100
b) Mastkühe	76—86
c) gut genährte	54—60
d) mäßig genährte	40—46
Färsen:	
a) vollfleischige, ausgemästete	90—100
b) Mastfärsen	78—88
c) gut genährte	60—70
d) mäßig genährte	40—56
Jungvieh:	
a) gut genährtes	48—56
b) mäßig genährtes	40—46
Kälber:	
a) beste ausgemästete Kälber	100—106
b) Mastkälber	90—96
c) gut genährte	80—86
d) mäßig genährte	66—70

Schafe:

a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel	90—100
b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe	64—80
c) gut genährte	

Mastschweine:

a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht	114—120
b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht	106—112
c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht	98—104
d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg	90—96
e) Sauen und späte Kastrate	96—104
f) Bacon-Schweine	96—102

Marktverlauf: sehr ruhig.

Zucker. Magdeburg, 10. Oktober. Preise für Weisszucker einschliesslich Sack und Verbrauchssteuer für 50 kg brutto für netto ab Verladestation Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentner gemahlenen Melis bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen: 31,25. Lieferung: Oktober 31,50, Oktober-Dezember 31,50. Tendenz: ruhig — stetig.

Handelszeitung des Posener Tageblatts

Märkte

Getreide. Posen, 13. Oktober. Amtlich Notierungen für 100 kg in Złoty fr. Station Pozna

Transaktionspreise:

Roggen 15 to.	22.35
330 to.	22.50
Weizen 150 to.	2[illegible].75

Richtpreise:

Gerste 64—66 kg	20.00—21.00
Gerste 68 kg	21.50—22.50
Braugerste	24.50—25.50
Hafer	20.25—21.25
Roggenmehl (65%)	33.00—34.00
Weizenmehl (65%)	31.50—33.50
Weizenkleie	11.75—12.75
Weizenkleie (dick)	12.75—13.75
Roggenkleie	12.75—13.50
Raps	29.00—30.00
Viktoriaerbsen	21.00—24.00
Folgererbsen	23.00—25.00
Speisekartoffeln	2.80—3.00

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 60 to., Weizen 45 to., Gerste 45 to., Hafer 15 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

Getreide. Warschau, 12. Oktober. Amtlicher Bericht der Getreidebörse in Warschau. Die Preise verstehen sich für 100 kg in Złoty, Parität Waggon Warschau: Roggen 21.75—22.25, Gutsweizen 24—24.50, Sammelweizen 23—23.50, Einheitshafer 23—25, Sammelhafer 22—23, Grützgerste 21—21.50, Braugerste 24 bis 25, Viktoriaerbsen 27—31, Winterraps 29—31, Rotklee 160—190, Weissklee 275—375, Weizenluxusmehl 43—52, Weizenmehl 4/0 38—43, Roggenmehl nach Vorschrift 37—38, mittlere Weizenkleie 13—13.50, Roggenkleie 12.50—13, Leinkuchen 27—28, Rapskuchen 17 bis 18, Sonnenblumenkuchen 40—44proz. 21.50—22.50. Mittlere Umsätze bei ruhigem Marktverlauf.

Danzig, 12. Oktober. Amtliche Notierung für 100 kg: Weizen 130 Pfd. weiss 12.50—12.75, Weizen 130 Pfd. rot, bunt 12, Weizen 126 Pfd. 11.50, Weizen 122 Pfd. 11, Roggen 120 Pfd. 12.70, Gerste feine 15 bis 16, Gerste mittel 14—15, Sammelgerste 13—13.50, Futtergerste 13, Hafer 11.50—12, Viktoriaerbsen 15 bis 16.50, grüne Erbsen 16—18, Roggenkleie 8, Weizenkleie 7.75, Blaumohn 35—38.

Lemberg, 12. Oktober. Börsenbericht. Marktpreise für 100 kg in Złoty Parität Lemberg: Gutsweizen 20.25—20.75, Sammelweizen 20.75—21.25, Einheitsroggen 21.50—21.75, Sammelroggen 21—21.25, Mahlgerste 18—18.50, Hafer 23—23.50, Weizenluxusmehl 40—41, Weizenmehl 65proz. 36—37, Roggenkleie 11—11.25, Weizenkleie 11.75—12, Gerstengrütze 30—32, Hirsegrütze 42—44, Süssheu 10—11, Säcke 1.45—1.55, gebrauchte 1.10—1.30. Börsenpreise Parität Podwołoczyska: Gutsweizen 19.75—20.25, Hafer 20.50—21. Marktpreise Parität Podwołoczyska: Sammelweizen 18.50—18.75, Einheitsroggen 20—20.25, Sammelroggen 19.50—19.75, Braugerste 17—17.50, Mahlgerste 15.75 bis 16.25, verregneter Hafer 19—19.50, weisse Bohnen 19—21, Halb-Viktoriaerbsen 22—23, Felderbsen 19—20, schwarze Wicke 19—19.50, Süssheu, gepresst 9—10, Stroh, gepresst 5.50—6.50, Buchweizen 16.50—17.50, Lein 33—35, Raps 24.75—25.75, Roggenkleie 11.25 bis 11.50, Weizenkleie 10—10.25, Buchweizengrütze 33—34, Hirsegrütze 36—38, Leinkuchen 23—24, Klee 155—160, blauer Mohn 68—73. Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Raps ziehen an, dagegen wurde Hirsegrütze billiger. Tendenz: anziehend; Marktverlauf: belebt.

Vieh und Fleisch. Warschau, 12. Oktober. Schweinefleisch Lebendgewicht nach der Versicherungskasse 1 kg 1.20—1.85 zł. Aufgetrieben wurden 1281 Stück. Rest des Vormarktes 146 Stück. Tendenz: behauptet.

Produktenbericht. Berlin, 12. Oktober. Bei zurückhaltendem Angebot fest. Die Aeusserungen Dr. Schachts wurden am hiesigen Produktenmarkt lebhaft erörtert und haben die an sich im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Innenpolitik bestehende Unsicherheit noch verstärkt. Bereits im Vormittagsverkehr zeigte sich eine erhebliche Zurückhaltung der Abgeber, so dass im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft zeitweise nur Geldpreise zu hören waren. Bei Börsenbeginn trat weiterhin lebhafte Deckungsnachfrage, insbesondere für die Dezembersichten, in Erscheinung, so dass der Börsenvorstand von seinem Recht Gebrauch machte, die Notizen für Brotgetreide und Hafer vorerst auszusetzen, so dass heute nur einmal Notierungen für die Dezembersicht erfolgen. Oktoberweizen lag 2,50 Mark fester, einer stärkeren Aufwärtsbewegung bei Roggen wurde wieder durch Abgaben von besonderer Seite entgegengewirkt. Im Effektivgeschäft war die Umsatztätigkeit infolge des minimalen Offertenmaterials gering; für Weizen wurden etwa 3 Mark, für Roggen 2 Mark höhere Preise als am Wochenschluss bewilligt; allerdings war noch nicht ersichtlich, inwieweit das Roggenpreisniveau durch Verkäufe von besonderer Seite beeinflusst werden wird. Weizenmehl lag ruhig bei höheren Forderungen, Roggenmehl ist knapp angeboten und fester. Hafer bleibt bei mässigem Angebot und guten Qualitäten gefragt und konnte seinen Preis verbessern. In Gerste hat sich dagegen das Offertenmaterial kaum verringert, und die Preise konnten von der Allgemeintendenz nicht profitieren. Weizen- und Roggenexportscheine lagen etwas fester.

Berlin, 12. Oktober. Getreide und Oelsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen neu 214—217, Roggen neu 184—186, Braugerste 159 bis 173, Futter- und Industriegerste 151—158, Hafer 141—149, Weizenmehl 27.25—32, Roggenmehl 26.25 bis 29, Weizenkleie 10.20—10.40, Roggenkleie 9.15 bis 9.40, Viktoriaerbsen 20—27, Leinkuchen 13.20—13.40, Trockenschnitzel 6—6.10, Soyaschrot ab Hamburg 11, ab Stettin 11,60.

Getreide - Termingeschäft. Berlin, 12. Oktober. Mit Normalgewicht 755 g vom Kahn oder vom Speicher Berlin. Getreide für 1000 kg, Mehl für 100 kg einschliesslich Sack frei Berlin. Weizen: Loko-Gewicht 71,5 kg Hektoliter-Gewicht Oktober 229.50—230.50. Roggen: Loko-Gewicht 69 kg Hektoliter-Gewicht Oktober 196. Hafer: Oktober 153—154.50.

Eier. Berlin, 12. Oktober. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Deutsche Eier. Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 g 11½, Klasse A 60 g 11, Klasse B 53 g 10½, Klasse C 48 g 10, frische Eier Klasse B 53 g 9½—10; aussortierte kleine und Schmutzeier 7—8 Pfg. Auslandseier. Dänen 18er 11¼, 17er 10¾, 15½—16er 10—10¼, Holländer Durchschnittsgewicht 68 g 12, 60—62 g 11¼ bis 11½, Rumänen 8—8½, Russen, normale 7¾—8, Polen, normale 7¾—8, abweichende 7¼—7¾, kleine, mittel, Schmutzeier 6½—7 Pfg. In- und ausländische Kühlhauseier. Normale 7½—8, Chinesen und ähnliche 8½—9¾ Pfg. Kalkeier. Extra grosse 9¼, grosse 8¼ Pfg. Witterung: schön. Tendenz: ruhig.

Kartoffelnotiz. Berlin, 12. Oktober. Speisekartoffeln: Weisse 1.20—1.40, rote und Odenwälder blaue 1.40—1.60, andere gelbfleischige 1.60 bis 1.80. Fabrikkartoffeln 5½—7 Pfg. pro Stärkeprozent.

Danziger Börse

Danzig, 12. Oktober. Scheck London 19.77½, Dollarnoten 5.12, Reichsmarknoten —, Złotynoten 57.56.

An der heutigen Börse war die Abschwächung in Dollarnoten bereits wieder überwunden; im Freiverkehr hörte man einen Kurs von 5.10½ bis 13½. Für Reichsmark hörte man im Freiverkehr für Reichsmarknoten sowie Auszahlung Berlin einen Kurs von 118½ bis 120.00. Scheck London wurde mit 19.77½ amtlich notiert.

Warschauer Börse

Warschau, 12. Oktober. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.89—8.90, Goldrubel 5.45—5.50, Tscherwonez 0.36 Dollar, Silberrubel 1,60.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 125.15, Berlin 209.00, Danzig 173.80, Tallinn 237.50, Italien 46.30, Montreal 8,00.

Fest verzinsliche Werte

	12. 10.	10. 10.
5% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zł)	41.25	41.25
6% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	60.00	57.00
10% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zł)	—	100.00
5% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	—	—
4% Prämien-Investierungs-Anleihe (100 G.-zł)	78.50	78.00
7% Stabilisierungs-Anleihe	57.50	56.00

Industrieaktien

	12.10.	10.10.		12.10.	10.10.
Bank Polski	110.00	110.00	Węgiel	17.00	17.00
Bank Dyskont	—	—	Nafta	—	—
Bk. Handl. i. W.	—	—	Polska Nafta	—	—
Bk. Zachodni	—	—	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzisk	—	—	Lilpop	12.75	—
Puls	—	—	Modrzejów	—	—
Spies	—	—	Norblin	—	—
Strem	—	—	Ortwein	—	—
Elektr. Dąbr.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektryczność	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pocisk	—	—
Starachowice	—	—	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Rudzki	—	—
Kabel	—	—	Starachów	—	—
Siła i Światło	—	—	Ursus	—	—
Chodorów	—	—	Zieleniewski	—	—
Czersk	—	—	Zawiercie	—	—
Częstocice	—	—	Borkowski	—	—
Gosławice	—	—	Br. Jabłkow	—	—
Michałów	—	—	Syndykat	—	—
Ostrowite	—	—	Haberbusch	—	—
W. T. F. Cukru	—	—	Herbata		
Firley	—	—	Spirytus		
Łazy	—	—	Żegluga		
Wysoka	—	—	Majewski		
Sole Potasowe	—	—	Mirków		
Drzewo	—	—	Kijewski		

Tendenz unverändert.

Amtliche Devisenkurse

	12. 10. Geld	12. 10. Brief	10. 10. Geld	10. 10. Brief
Amsterdam	361.60	363.40	360.0[illegible]	361.[illegible]
Danzig	—	—	—	—
Berlin *)	—	—	—	—
Brüssel	—	—	124.63	125.31
Helsingfors	—	—	—	—
London	34.41	34.59	34.36	34.54
New York (Scheck)	8.90	8.94	8.904	8.944
Paris	35.08	35.26	35.09	35.27
Prag	26.36	26.48	—	—
Rom	—	—	—	—
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	—	—
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	5.315	5.345
Budapest	—	—	—	—
Wien	—	—	—	—
Zürich	174.67	175.53	174.87	175.73

Tendenz: uneinheitlich.

Sämtl. Börsen- u. Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Posener Börse

(Schlusskurse)

Fest verzinsliche Werte

Notierungen in %:	13. 10.	12. 10.
8% staatliche Goldanleihe (100 G.-zł)	—	—
5% Konvertierungsanleihe (100 zł)	40.00G	40.00G
10% Eisenbahnanleihe (100 G.-Fr.)	—	—
6% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	—	—
8% Pfandbr. der staatl. Agrarbk. (100 G.-zł)	—	—
7% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw.-Fr.)	—	—
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1927	92.00G	92.00G
8% Oblig. d. St. Posen (100 G.-zł) v. J. 1926	92.00	—
8% Dollarbriefe der Pos. Landschaft (1 D.)	89.00+	—
4% Konvertierungspfand. d. P. Ldsch. (100 zł)	26.00G	26.00+
8% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—
Notierungen je Stück:		
6% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	12.50G	13.00+
3% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3½ u. 4% Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5% Prämien-Dollaranleihe Ser. II (5 Dollar)	—	—
4% Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-zł)	—	—
8% Hypothekenbriefe	—	—

Industrieaktien

	13. 10.	12. 10.		13. 10.	12. 10.
Bank Polski	—	—	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysł.	—	—	Herzf. Victor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
P. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
P. Bk. Ziemian	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stadthagen	—	—	Młyn Wągrow.	—	—
Arkona	—	—	Młyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Płótno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarska	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skór		—	Unja	—	—
Goplana		—	Wytw. Chem.	—	—
Gródek Elektr.	—	—	Wyr. Cer. Krot.	—	—
Cukr. Zduny	—	—	Zw. Ctr. Masz.	—	—

Tendenz: behauptet.

Berliner Börse

Amtliche Devisenkurse

	12. 10. Geld	12. 10. Brief	10. 10. Geld	10. 10. Brief
Bu[illegible]	2.557	2.563	2.5[illegible]7	[illegible]
Buenos Aires	0.873	0.877	0.873	[illegible]
Canada	3.796	3.804	3.796	[illegible]
Japan	2.078	2.082	2.078	[illegible]
Kairo	16.70	16.74	16.65	16.69
Konstantinopel	—	—	—	[illegible]
London	16.30	16.34	16.25	[illegible]
New York	4.209	4.217	4.209	[illegible]
Rio de Janeiro	0.211	0.216	0.224	[illegible]
Uruguay	1.401	1.401	1.401	[illegible]
Amsterdam	170.33	170.67	170.08	[illegible]
Athen	5.195	5.205	5.295	[illegible]
Brüssel	59.04	59.16	59.04	[illegible]
Budapest	73.28	73.42	73.28	[illegible]
Danzig	82.07	82.23	82.07	[illegible]
Helsingfors	8.99	9.01	10.34	[illegible]
Italien	21.63	21.67	21.68	[illegible]
Jugoslawien	7.473	7.487	7.473	[illegible]
Kaunas (Kowno)	42.26	42.34	42.26	[illegible]
Kopenhagen	93.16	93.34	93.16	[illegible]
Reykjawik 100 Kronen	73.43	73.57	73.43	[illegible]
Lissabon	14.84	14.86	13.84	[illegible]
Oslo	92.91	93.09	93.16	[illegible]
Paris	16.67	16.71	16.63	[illegible]
Prag	12.468	12.488	12.47	[illegible]
Schweiz	82.52	82.68	82.52	[illegible]
Sofia	3.072	3.078	3.072	[illegible]
Spanien	37.91	37.99	37.86	[illegible]
Stockholm	97.40	97.60	96.90	[illegible]
Wien	54.45	54.55	51.95	[illegible]
Talinn	112.09	112.31	112.09	[illegible]
Riga	81.32	81.48	81.32	[illegible]
Warschau	—	—	—	—

Lissa

k. **Eine Riesenmöhre** ist auf dem Dominium **Antonshof** geerntet worden. Ihr Gewicht beträgt nicht mehr und nicht weniger als 2770 Gramm.

k. **Achtung! Scharfschießen!** Am Mittwoch, dem 14. und Donnerstag, dem 15. d. Mts., finden auf dem Schießplatz bei Witschenske (Wyciążkowo) Schießübungen des 55. Inf.-Regt. statt. Aus diesem Grunde ist an den genannten Tagen in der Zeit von 6—14 Uhr jeglicher Verkehr auf der Chaussee Lissa—Storchnest untersagt.

k. **Blutige Hochzeitsfeier.** Bei einer Hochzeitsfeier in Grabonow kam es unter der anwesenden Jugend zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der Händler Roman Madowicz aus Piaski, Kreis Gostyn, derart schwer verletzt wurde, daß er, zu Hause angelangt, bewußtlos zusammenbrach. Der hinzugerufene Arzt stellte einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung fest. Als mutmaßliche Täter wurden von der Polizei die Brüder Stanisław und Marcin Andrzejczak festgenommen.

Kotroschin

X Zwei tödliche Unfälle ereigneten sich in Ligota kurz hintereinander. Am Sonntag fiel die zweijährige Halina Zabłocka, deren Mutter in Warschau weilte, in eine Kalkgrube, in der sie ertrank. Gestern, am Montag, fiel die zweijährige Olga Gabryšiak in eine mit heißem Wasser gefüllte Waschschüssel. Das Kind wurde so schwer verbrüht, daß es nach kurzer Zeit verstarb.

Pleschen

fk. **Die Fahrplanänderung** hat für die Schulkinder aus dem Kreise, die täglich die Bahn benutzen, um die hiesigen höheren Schulen zu besuchen, eine große Unannehmlichkeit mit sich gebracht, da die Schüler nach der Kassierung des Zuges Nr. 512, der um 2 Uhr Pleschen verließ, nun bis abends 9 Uhr auf die Heimfahrt warten müssen.

fk. **Achtung, falsche Zweizlotystücke!** In letzter Zeit ist in unserer Gegend eine größere Anzahl falscher Zweizlotystücke im Verkehr aufgetaucht. Bei der Annahme von Hartgeld ist daher äußerste Vorsicht geboten. Die Falsifikate erkennt man an ihrer dunkleren Färbung, ihrer unscharfen Prägung und ihrem dumpferen Klang.

Jarotschin

t. **Eine Sitzung** wurde von dem Landwirtschaftlichen Verein Langenfeld und Breitenfeld am Mittwoch, 7. Oktober, nachm. 4 Uhr bei Herrn Jentke in Groß-Lubin abgehalten. Nach Eröffnung der Versammlung und Begrüßung der Mitglieder durch den Vorsitzenden, Herrn Fiebig, hielt Herr Diplom-Landwirt **Zern**-Birnbaum einen Vortrag über „die richtig angelegte Düngerstätte". Geschäftliche Mitteilungen bildeten den Schluß der Sitzung.

t. **Der Landwirtschaftliche Verein Ratenau** hielt am 8. Oktober, um 4½ Uhr im Gasthause zu Parzew eine Sitzung ab. Der Vorsitzende, Herr **Klenke**-Parzew, erklärte nach seinen Begrüßungsworten zunächst den Erschienenen, daß er sein Amt als Vorsitzender, das er seit Gründung des Vereins inne hatte, niederlegen wollte. Einstimmig wurde dann in der darauf folgenden Neuwahl Herr **Janing**-Basendow als erster und Herr **Mellwig**-Parzew als zweiter Vorsitzender gewählt. Es folgte ein Vortrag über eine richtig angelegte Düngerstätte, über die Behandlung des Stalldüngers und der Jauche. Im geschäftlichen Teil wurde auf den Besuch der Winterschulen, die Anfang November ihre Lehrtätigkeit aufnehmen, hingewiesen und neben Versicherungs- und Steuerfragen verschiedene Vereinsangelegenheiten erörtert. Zum Schluß dankte der Kreisvorsitzende, Herr **Fischer von Mollard**, im Namen der Welage dem bisherigen Vorsitzenden für sein großes Interesse bei der Gründung und Führung des Vereins. Für den Ortsverein sprach der neugewählte Vorsitzende seinem Vorgänger den herzlichsten Dank für seine jahrelange Tätigkeit als Vereinsleiter aus. Um 7 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Rakwitz

st. **Orgelkursus.** Vor kurzem fand hier unter Leitung des hiesigen Pfarrers Schulz und des Organisten Jaedicke-Bromberg ein Orgelkursus statt, an welchem zwanzig junge Damen und Herren aus der ganzen Provinz sich beteiligten.

st. **In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober** drangen Diebe in das Kaufhaus Kutzner in Jablonna ein und stahlen dort Stoffe und Waren im Werte von 2000 Złoty. — In der gleichen Nacht wurden bei dem dortigen Gastwirt Friedenberger Getränke im Werte von 500 Złoty gestohlen. Die Bestohlenen ließen sich sofort Polizeihunde aus Posen und Birnbaum kommen. Diese stellten die Landwirte Gebrüder Szukała und den Arbeiter Klemens, welche, trotzdem sie die Tat abstritten, verhaftet wurden.

st. **Bei der letzten Stadtverordnetensitzung** wurde der Hauptmann Lewandowski aus Posen zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt. Der neue Bürgermeister tritt sein Amt am 16. Januar n. J. an.

Czarnikau

c. **Die Ortsgruppe für Handel und Gewerbe** hielt am 9. Oktober ihre Monatsversammlung ab, die von 30 Mitgliedern besucht war. Herr Steuerberater Politicki sprach über Steuererklärungen zur Einkommensteuer und erläuterte besonders die Beantwortung der Rückfragen der Finanzämter. Er hob hierbei besonders die Rechte der Steuerzahler gegenüber den Finanzämtern hervor. Der Obmann dankte dem Redner für die leichtfaßlichen Ausführungen. Nachdem der Obmann die Eingänge bekanntgegeben hatte, sprach er über das Arbeitslosenproblem und teilte mit, in welcher Weise das hierfür gewählte Komitee arbeiten will. In der lebhaften Aussprache über dieses Thema wurde hervorgehoben, daß die Mitglieder sich wohl nach Kräften bei der Hilfe beteiligen würden, daß das armgesteuerte Bürgertum aber nicht viel leisten könne und die Ortsgruppe in erster Linie für mittellos gewordene Handwerker und Gewerbetreibende eintreten müsse.

Posener Kalender

Ein großes Sinfoniekonzert der Posener Philharmonie findet am Mittwoch, dem 14. d. Mts., im Teatr Wielki statt. Dirigent G. Fitelberg, Solist Zb. Drzewiecki. Kartenverkauf bei Szrejbrowski.

Verein Deutscher Sänger. Die Uebungsstunde in dieser Woche findet ausnahmsweise bereits am Donnerstag statt, da das Uebungslokal am Freitag anderweitig besetzt ist.

Winterhilfe und Frauenwelt

Am Mittwoch, dem 14. Oktober, abends 8 Uhr findet im Evangelischen Vereinshause ein Vortragsabend statt, den der Stadtverband der Evangelischen Frauenhilfen in Posen veranstaltet. Pfarrer Lic. **Werdermann**, der Geschäftsführer des Hauptverbandes der Evangelischen Frauenhilfen, wird über die Aufgaben und den Ausbau der umfassenden Winterhilfe in Deutschland und die Beteiligung der Evangelischen Frauenhilfen daran berichten. Anschließend wird Frau Superintendent **Hildt** die Möglichkeiten der Winterhilfe in Posen darlegen. Alle, die ein Herz haben für diese notwendige Arbeit und mehr davon erfahren wollen, werden um ihr Erscheinen herzlich gebeten. Der Vortragsabend ist nicht nur für die Frauen der Evangelischen Frauenhilfen bestimmt, sondern für alle Männer und Frauen, die die gemeinsame Not erkennen und ihre Kraft dafür zur Verfügung stellen.

Wohin gehen wir heute?

Teatr Nowy:
Dienstag: „Die Vorstadt". (Premiere.)
Mittwoch: „Die Vorstadt".
Donnerstag: „Die Vorstadt".
Freitag: „Die Vorstadt".

Varietés:
„Alhambra": Beginn 8 Uhr abends.
„Scala" (früher Kino Stylowe, ul. Marsz. Focha Nr. 4). Beginn um 8½ Uhr.

Kinos:
Apollo: „Die Verbannten von 1905". (5, 7, 9 Uhr)
Metropolis: „Zähmung einer Leichtsinnigen". (½5, ½7, ½9 Uhr).
Słońce: „Madame Satan". (5, 7, 9 Uhr.)
Renaissance: „Kadettenliebe".

Nachtdienst der Apotheken vom 10. bis 17. Okt. Altstadt: Apteka Czerwona, Stary Rynek 37. Apteka Zielona, ul. Wrocławska 31. Apteka 27. Grudnia, ul. 27. Grudnia 18. Apteka im. dr. Karola Marcinkowskiego w „Bazarze", ul. Nowa. Jersitz: Apteka Mickiewicza, ul. Mickiewicza 22. Apteka „Pod Opatrznością Boską", ul. Dąbrowskiego 76. Lazarus: Apteka przy Parku Wilsona, Marsz. Focha 47. Wilda: Apteka pod Koroną, Górna Wilda 61. — Ständigen Nachtdienst haben: Solatsch-Apotheke, Mazowiecka 12; die Apotheke in Luisenhain (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen von 2 Uhr nachm. bis 9 Uhr abends), die Apotheke in Główno, die Apotheke in Gurtschin, ul. Marsz. Focha 158, und die Apotheke der Stadtkrankenkasse, Pocztowa 25.

23. Staatliche Klassenlotterie

5. Klasse.
27. Ziehungstag.
(Ohne Gewähr.)

Prämien: 250 Złoty + 3000 Złoty Nr. 9575, 250 Złoty + 3000 Złoty Nr. 10 335, 250 Złoty + 3000 Złoty Nr. 90 085, 250 Złoty + 3000 Złoty Nr. 202 723, 500 Złoty + 3000 Złoty Nr. 203 137.

10 000 Złoty — Nr. 147 489.

3000 Złoty — Nr. 23 797, 38 105, 46 717, 143 800, 175 035.

2000 Złoty — Nr. 22 495, 34 545, 88 241, 104 717, 108 749, 118 285, 119 461, 161 666, 168 817, 171 459, 172 232, 194 567, 198 701, 200 503, 205 139, 205 590.

1000 Złoty — Nr. 5745, 18 906, 21 095, 30 888, 35 252, 45 022, 47 125, 49 720, 53 186, 57 818, 70 826, 76 557, 76 713, 86 544, 87 675, 94 932, 113 178, 114 745, 119 506, 121 043, 133 561, 140 392, 166 475, 174 167, 176 248, 176 356, 176 467, 176 734, 179 921, 180 573, 187 040, 193 638, 197 887, 201 748.

500 Złoty — Nr. 106, 1449, 2572, 2839, 3239, 3461, 3756, 6823, 8634, 8910, 10 086, 10 994, 11 513, 13 461, 15 299, 15 511, 23 435, 24 824, 24 872, 26 409, 27 470, 29 736, 33 956, 35 122, 35 794, 38 294, 40 976, 41 974, 43 776, 45 109, 45 257, 45 991, 46 644, 46 848, 47 049, 48 265, 51 457, 51 937, 51 998, 52 266, 52 790, 54 755, 55 536, 55 624, 58 724, 62 400, 65 743, 65 959, 67 051, 70 257, 70 635, 71 774, 73 189, 73 727, 74 445, 77 144, 81 270, 81 769, 83 349, 85 928, 88 952, 91 023, 91 945, 92 132, 92 599, 92 645, 94 130, 94 694, 95 466, 98 205, 98 324, 98 386, 98 942, 99 936, 101 378, 101 149, 104 413, 104 581, 105 327, 106 265, 107 508, 107 821, 109 418, 110 589, 110 999, 111 631, 112 274, 112 585, 114 857, 118 979, 120 822, 122 108, 123 205, 123 829, 124 832, 126 615, 127 158, 128 808, 128 910, 131 723, 133 311, 136 794, 140 728, 142 457, 142 753, 147 290, 148 783, 149 104, 149 383, 149 682, 151 548, 151 717, 155 586, 156 287, 156 786, 158 044, 158 927, 161 313, 162 762, 164 063, 166 476, 166 549, 167 734, 186 666, 169 103, 172 420, 172 959, 172 995, 173 561, 175 569, 177 161, 182 270, 185 806, 186 361, 186 396, 187 291, 189 743, 191 399, 191 467, 192 653, 194 326, 196 288, 196 825, 197 219, 197 685, 198 531, 198 958, 199 742, 200 276, 200 425, 201 109, 102 659, 204 227, 205 054, 208 797.

Wetterkalender

Dienstag, den 13. Oktober

Sonnenaufgang 5.56; Sonnenuntergang 16.40. Mondaufgang 8.42; Monduntergang 17.13.

Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft + 6 Grad Cels. Südostwinde. Barometer 759. Heiter.

Gestern: Höchste Temperatur + 15 Grad, niedrigste + 6 Grad Cels.

Wettervoraussage für Mittwoch, den 14. Oktober

Vorübergehend stärker bewölkt. Sonst ziemlich heiter, Tags über kühler. Mäßige, meist nordwestliche Winde.

Wasserstand der Warthe am 13. Oktober: + 1,45 Meter.

Volkspartei, die Wirtschaftspartei und das Landvolk, für sich zu gewinnen. Die genannten Parteien werden also vor die Frage gestellt, ob sie sich um den Preis von Neuwahlen die Teilnahme an einer Regierung der Rechtsopposition erwerben wollen. Der von verschiedenen Rednern in beinahe gleichlautender Form wiederholte Hinweis, daß die Opposition „keine Hand zurückstoße, die sich zur Zusammenarbeit anbiete", ist so zu verstehen, daß eine Beteiligung von Parteien außerhalb der gegenwärtigen Rechtsopposition an der Regierung nur unter Führung der Rechten und also auch nur unter einem von der Rechten gestellten Kanzler in Frage kommt. Man darf annehmen, daß der Hinweis auf eine „Politik der offenen Hand" in erster Linie an das Zentrum gerichtet ist, das nunmehr weiß, unter welchen Bedingungen seine Mitarbeit in einer Rechtsregierung erwünscht ist.

Weniger deutlich, aber dem Sinn nach doch ganz klar, wird auch der Reichspräsident von der Rechtsopposition vor die entscheidende Frage gestellt, ob er ihren Wünschen nachgeben will.

Geheimrat Hugenberg erklärte mit betonter Deutlichkeit, daß aus der neuen Gemeinschaft der Rechtsopposition heraus, wenn es Zeit sei, auch die Parole für die Reichspräsidentenwahl ausgegeben werden solle. Noch weitergehend erklärte der Vorsitzende der Vereinigten Vaterländischen Verbände, General a. D. Graf v. d. Goltz, daß die Verbände es bedauern würden, falls sie bei ihrer Arbeit in Gegensatz zu dem Reichspräsidenten und seinen Beratern gelangen würden. Die Verbände glaubten aber, ihrem Ideal und ihren Zielen immer treu geblieben zu sein. Weiter meinte Graf v. d. Goltz, daß bei der gegenwärtigen politischen Leitung der vortrefflichen Reichswehr „unter Führung eines Groener" ein neuer Dolchstoß nicht ausgeschlossen erscheine.

Unter den Teilnehmern der Tagung wurden außer den bekannten Führern der Rechtsopposition bemerkt: Dr. Schlenker, Geheimrat Ravené und der volksparteiliche Abgeordnete Generaloberst a. D. v. Seeckt, der nicht als offizieller Vertreter der Deutschen Volkspartei, sondern auf Grund seiner zahlreichen Beziehungen zu den Wehrverbänden an der Tagung teilnahm.

Gegen Dr. Schacht

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat in Harzburg besonders schwere Angriffe gegen die Politik der deutschen Reichsbank gerichtet und damit auch die Regierung Brüning angegriffen. Zu diesen Angriffen nimmt nun die Regierung offiziell Stellung, und der Reichsfinanzminister gab gleichfalls gestern vor der Presse ernste Erklärungen ab.

Wolfs Telegraphenbüro meldet:

In einer politischen Rede in Bad Harzburg ist die Lage der Reichsbank und der Währung als bedenklich bezeichnet worden. Insbesondere seien der Oeffentlichkeit wesentliche Tatsachen hierüber verschwiegen worden.

Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die in der Rede erwähnten Dinge, soweit sie tatsächlich richtig sind, der Oeffentlichkeit niemals verheimlicht worden sind. Sachlich sei zu bemerken, daß die Inanspruchnahme eines Rediskontkredits zur Auffüllung des Gold- und Devisenbestandes der internationalen Uebung gegenseitiger Unterstützung der Notenbanken entspricht. Was die Auslandsverschuldung betrifft, so hat die Ueberarbeitung der noch nicht völlig abgeschlossenen Statistik tatsächlich etwas höhere Zahlen ergeben, ohne daß sich die daraus zu ziehenden Folgerungen verändert hätten. Ebenfalls ist die Oeffentlichkeit nie verhehlt worden, daß ein Teil der Wechsel des Reichsbankportefeuilles Finanzwechsel, nicht Warenwechsel sind. Bekanntlich mußten diese bei der Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs, insbesondere zur Aufnahme der Auszahlung bei den Sparkassen, hereingenommen werden. Dieser Teil des Wechselportefeuilles wird sich automatisch verringern, sobald sich die zur Zeit anormal geringe Zirkulationsgeschwindigkeit des Geldes nach Ueberwindung des derzeitigen Depressionszustandes wieder erhöht hat. Daß dieser Rückfluß funktioniert, ergibt sich schon heute aus der Tatsache, daß die Erhöhung des Notenumlaufes nicht entfernt die Höhe der Sparkassenauszahlungen erreicht. Die Verwendung von 150 Millionen Mark aus dem Münzgewinn des Reiches zum Rücklauf eines Teiles der der Dresdner Bank übergebenen Schatzanweisungen ist ebenfalls ein Schritt in der erwünschten Richtung.

Auch Dietrich erwidert

Reichsfinanzminister Dietrich nahm auf einer Pressebesprechung Gelegenheit, in schärfster Weise auf die Harzburger Aeußerungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu erwidern.

Er erklärte, daß diese Dinge im nationalen Interesse nicht ertragen werden könnten. Schachts Behauptungen, daß die Währung nicht mehr dem normalen Warenverkehr diene usw., seien absolut unrichtig. Die Reichsbank habe dem Reiche keinen Pfennig geliehen, ebenso den Ländern so gut wie gar nichts. Die Gemeinden haben sowieso keinen Kredit bei der Reichsbank. Schachts Darstellung beruhe durchaus auf Unwahrheiten. Er habe sich übrigens zu seinen eigenen früheren Ratschlägen in Gegensatz gestellt. Der Minister wies mit Nachdruck darauf hin, daß das Reich in den letzten sechs Monaten 287 Millionen schwebender Schulden zurückgezahlt habe und daß von den 55 000 deutschen Gemeinden 52 000 bis 53 000 vollständig in Ordnung seien. Derartige Aeußerungen, wie die von Dr. Schacht, seien unverantwortlich und geeignet, uns den letzten Kredit zu nehmen.

Zur Frage der ausländischen Schulden bemerkte der Minister, Dr. Schacht hätte in seiner früheren Eigenschaft als Reichsbankpräsident die Nachprüfung des Schuldenausmaßes selbst in die Wege leiten sollen. Jetzt sei das außerordentlich schwierig. Tatsächlich habe sich herausgestellt, daß die Schulden größer seien als angenommen, aber es bestehe auch die Gefahr, daß Doppelzählungen vorgekommen seien. Minister Dietrich trat energisch der Auffassung entgegen, als könne die deutsche heutige Lage mit der zu Ende des Krieges oder mit der von 1923 verglichen werden.

Er sagte: „Wir haben genug Nahrungsmittel, Kohlen und andere Vorräte für die Bevölkerung. Sie muß nur davor bewahrt werden, nervös gemacht und in den Abgrund gehetzt zu werden."

Die französische Morgenpresse zur Harzburger Tagung

Paris, 13. Oktober. (R.) Ein Teil der Morgenpresse setzt heute die Betrachtungen über die Kundgebungen von Harzburg fort.

„Journal" erklärt, es sei keineswegs geneigt, die Kundgebung von Harzburg tragisch zu nehmen, denn die offene Opposition sei weniger „gefährlich" als die Intrigen hinter den Kulissen. Man habe nicht bis zur Zusammenkunft von Harzburg warten brauchen, um zu erfahren, daß alle deutschen Parteien ohne Unterschied die Revision des Versailler Vertrages erstrebten.

„Oeuvre" geht auf die finanziellen Fragen ein und betont, daß es den Anhängern Hugenbergs und Hitlers unbequem sein könne, wenn die Reise Lavals nach Washington Erfolg zeitigen würde. „Oeuvre" sucht diese Erfolge in der raschen Schaffung einer internationalen Währung und in der bereits versprochenen -- 1919 allerdings wieder zurückgezogenen — amerikanischen Garantie der Aufrechterhaltung des Friedens für Westeuropa.

„Populaire" schreibt, die Arbeiterklasse in Deutschland werde eine Regierung unterstützen, die entschlossen sei, die Rechtsopposition „zu schlagen", ohne den Lohnempfängern neue Lasten aufzuerlegen.

„Republique" fordert — ebenso wie **„Volonté"** — die französischen Nationalisten auf, die Ereignisse in Deutschland nicht zu übertreiben. Auch der französische Nationalismus könne in seiner Geschichte einen fortgesetzten Bankerott feststellen. Man müsse sich fragen, so fährt das Blatt fort, ob nicht das beste Mittel, um Hitler zu beseitigen und seine Propaganda für die Beseitigung des Versailler Vertrages zunichte zu machen in der Anwendung derjenigen Punkte des Versailler Vertrages bestehe, die Deutschland billige Rechte zuerkenne.

Was der Tag sonst noch brachte

Der Städtekampf Krakau—Lüttich nahm einen unentschiedenen Ausgang. Die Mannschaften trennten sich 3 : 3; die Tore für Krakau schossen Pazurek, Nawrot und Maurer. Demnach scheint man sich Nawrot „geborgt" zu haben.

*

Aus Paris sind gestern Mitglieder des Rates der polnisch-französischen Bahnbaugesellschaft eingetroffen, von der die Kohlenbahn Schlesien—Ostsee gebaut wird. Es haben bereits mehrere Konferenzen stattgefunden. Heute unternehmen die Ratsmitglieder eine mehrtägige Bauinspektionsreise.

*

Am gestrigen Montag ist Oberst Koc nach mehr als zweiwöchigem Aufenthalt in Paris, wo er in Kreditangelegenheiten weilte, wieder nach Warschau zurückgekehrt.

*

Das am vergangenen Sonnabend durch die Polizeibehörde geschlossene S. A.-Heim, Tegeler Weg Nr. 7, wurde heute am frühen Morgen von Polizeibehörden kontrolliert. Es wurden außer dem Wohnungsinhaber acht Nationalsozialisten angetroffen. Sie wurden festgenommen. Bei dem Durchsuchen der Räume wurden eine Keule und ein Gummiknüppel gefunden.

*

Gestern hatte der polnische Fliegerhauptmann Orlinski im Kreise Czenstochau auf einem Fluge von Kattowitz nach Warschau einen Propellerbruch, der ihn, da der Motor abstürzte, zum Niedergehen mit dem Fallschirm zwang. Dabei stieß der Flieger an einigen Bäumen an, ohne jedoch irgendwelchen Schaden zu nehmen.

*

Man hat herausgerechnet, daß von 33 Revisoren der Warschauer Eisenbahndirektion in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. 8018 blinde Passagiere angehalten worden sein sollen.

*

Reichskanzler Dr. Brüning hat dem Bankier Dr. Karl Melchior zur Vollendung des 60. Lebensjahres die herzlichsten Glückwünsche übermittelt.

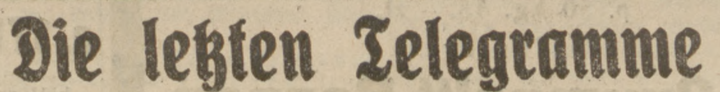
Das Gutachten der Schiedskommission in Kattowitz über die 4prozentige Herabsetzung der Arbeiterlöhne in der schlesischen Metallverarbeitungsindustrie ist zwecks Bestätigung zum Arbeitsministerium geleitet worden. Die neuen Sätze sollen bis zum 31. Januar 1932 gelten. Die Arbeitergruppen haben bekanntlich das Gutachten abgelehnt, während von seiten der Arbeitgeber noch kein entschiedener Standpunkt eingenommen worden ist.

Der Streik deutscher Schiffsbesatzungen in russischen Häfen

Hamburg, 13. Oktober. (R.) **Von dem — bereits gemeldeten — Streik deutscher Seeleute in russischen Häfen werden 41 deutsche Schiffe betroffen. Der Verband deutscher Reeder, der alle großen und fast sämtliche kleinen deutschen Reedereien umfaßt, hat die fristlose Entlassung der streikenden Mannschaften beschlossen und Zahlungen an deren Angehörige gesperrt. Gegen die Streikenden werden Strafanträge wegen Meuterei gestellt werden. Zum Austausch der Mannschaften sollen Schiffe mit Arbeitswilligen nach den russischen Häfen entsandt werden.**

Ueber die Ursachen des Streiks ergibt sich aus Nachrichten von Leningrad und Odessa, daß es sich nicht etwa um Lohnkämpfe auf den bestreikten Schiffen handelt, sondern um einen „Sympathiestreik" für einen angeblichen Streik in deutschen Häfen, der jedoch nicht zum Ausbruch gekommen ist. Die Lage ist offensichtlich verworren.

Auf Grund der zwischen Deutschland und Sowjetrußland bestehenden Verträge ist nach Auffassung in Reederkreisen die Sowjetregierung verpflichtet, der Leitung der Schiffe Schutz zu gewähren und die Streikenden, deren Handlung unter dem Begriff der „Meuterei" fallen, entsprechend den deutschen Bestimmungen zu behandeln.



Die letzten Telegramme

Eine Wahlrede Macdonalds

London, 13. Oktober. (R.) Ueber Englands künftige Politik äußerte sich der englische Ministerpräsident Macdonald in einer Wahlrede. Macdonald bezeichnete es vor allem als notwendig, das Gleichgewicht im englischen Staatshaushalt aufrechtzuerhalten. Auch die englische Währung müsse wieder stabilisiert werden. Sodann müsse der Weg freigemacht werden für eine internationale Kriegsschulden-Konferenz. Zur Zollfrage erklärte Macdonald, er stehe diesem Problem ohne theoretische Voreingenommenheit gegenüber. Es sei nach wie vor sein fester Wille, daß durch die Einführung eines neuen Zolltarifes die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung in England nicht erschwert werden dürfe. Mit großer Eindringlichkeit betonte Macdonald, daß er sich auch weiter als Mitglied der englischen Arbeiterpartei betrachte, auch wenn er sich nicht stets dem Diktat der Parteibürokratie füge. Er werde auch in Zukunft so handeln, wie er es als richtig empfinde, gleichgültig, ob er sich dadurch populär mache oder nicht.

Drei Personen an Typhus gestorben

Bamberg, 13. Oktober. (R.) Im benachbarten Hallstadt sind an Typhus drei Personen gestorben, vier Typhuskranke liegen im Bamberger rKankenhaus. Die Schulen wurden geschlossen. Amtliche Untersuchungen haben ergeben, daß der vor Hallstadt fließende Mühlbach auf seinem Weg durch das Ellatal verseucht wurde und die Krankheitsträger mit sich führt.

Einstellung des deutschen Schiffsverkehrs nach Rußland

Hamburg, 13. Oktober. (R.) Der hier beheimatete Verband deutscher Reeder hat heute beschlossen, keine deutschen Schiffe mehr nach Rußland zu entsenden. Der Grund zu dieser Maßnahme besteht darin, daß es in den letzten Tagen auf einer Anzahl der in Leningrad und Odessa liegenden deutschen Schiffe zu Arbeitseinstellungen gekommen ist, die nach Auffassung der Reeder von maßgebenden russischen Kreisen nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt worden seien.

Boxkampf Carera—Sharkey

New York, 12. Oktober. (R.) Auf dem Ebbetsfield kam heute vor 40 000 Zuschauern der schon zweimal verschobene Boxkampf zwischen dem italienischen Ueberschwergewichtsmeister Canera und dem Amerikaner Sharkey zum Austrag. Der Kampf ging über die angesetzten 15 Runden und endete mit dem überlegenen Punktsieg Sharkeys, der den Italiener in der vierten Runde für kurze Zeit zu Boden geschlagen hatte.

Steinwürfe gegen die österreichische Gesandtschaft in Berlin

Berlin, 13. Oktober. (R.) Unbekannte Täter haben heute nacht zwei in rote Tücher eingewickelte Steine gegen das Eingangstor der österreichischen Gesandtschaft in Berlin geworfen. Der eine Stein traf sein Ziel nicht, während durch die anderen die linke Scheibe des Tores zertrümmert wurde. Die Tücher, in die die Steine eingewickelt waren, trugen kommunistische Aufschriften.

Südafrikanische Union und Goldstandard

London, 13. Oktober. (R.) „Daily Telegraph" bezeichnet es als möglich, daß die Regierung der Südafrikanischen Union gezwungen sein werde, dem Beispiel von Nord- und Südrhodesia zu folgen und den Goldstandard zu suspendieren. Bankiers in Prätoria seien der Ansicht, daß andernfalls die südafrikanischen Exporteure außerstande sein werden, mit britischen Gütern in Wettbewerb zu treten.

Abgestürztes Flugzeug

Paris, 13. Oktober. (R.) Zwei französische Marineflugzeuge stießen in der Luft zusammen und stürzten nahe der französischen Mittelmeerküste ab. Von den Insassen wurden vier Mann getötet und einer schwer verletzt. Ein weiterer Flugzeuginsasse konnte sich durch Fallschirmabsprung retten.

Schwalben

Konstantinopel, 13. Oktober. (R.) In einem Sonderflugzeug sind gestern hier 4000 Schwalben aus Wien eingetroffen. Einige haben die Reise nicht überstanden, aber die meisten kamen wohlbehalten an und flatterten bald über dem Goldenen Horn. Ein weiteres Flugzeug mit 5000 Schwalben wird heute aus Budapest erwartet.

Die deutsche Volkspartei gegen Inflationsexperimente

Berlin, 13. Oktober. (R.) Nach einer Aeußerung der nationalliberalen Korrespondenz haben — entgegen den Behauptungen eines Frankfurter Blattes — Vertreter den Parteiführer der deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dingelden, kein politisches Ultimatum gestellt. Auch sei von keiner Seite der Gedanke einer Inflation mit einem solchen Ultimatum an die Partei verbunden worden. Die deutsche Volkspartei würde solche Methoden auch auf das entschiedenste ablehnen. Währungspolitische Experimente aller Art fänden bei der Reichstagsfraktion und ihrer Führung entschiedenen Widerstand.

Vernichtung eines alten Besitzes in Pommerellen

Warschau, 13. Oktober. (Eig. Telegr.)

Gestern ist auf dem Gute Komirowo im Kreise Zempelburg ein Feuer ausgebrochen, das zahlreiche Wirtschaftsgebäude völlig vernichtete. Der Schaden wird auf 500 000 Zloty beziffert.

Das Gut Komirowo gehört der Familie Komorowski und ist in diesen Tagen zur Versteigerung ausgeboten worden. Es handelt sich um einen uralten Familienbesitz, der bereits tausend Jahre in den Händen der Familie Komorowski ist. Die Familie Komorowski ist vor Ende des 10. Jahrhunderts mit der ersten christlichen Königin aus Böhmen nach Polen eingewandert und entstammt dem alten Adelsgeschlecht der Bossuten. Die Familie hat zu preußischer Zeit keinerlei Sorgen auf ihrem Besitztum gehabt und galt als reich. Die Versteigerung des Gutes Komirowo soll in den nächsten Wochen erfolgen.

Ein zweites Großfeuer brach gestern in der Mühle Plutowo im Kreise Kulm aus. Trotz des Eingreifens zahlreicher Feuerwehren aus Unislaw, Kulm und anderen Orten konnte das Feuer nicht gelöscht werden. Der Schaden ist enorm und soll in die Millionen gehen.

Verhandlung von Wahlprotesten

Warschau, 13. Oktober. (Eig. Telegr.)

Gestern fand vor dem Obersten Gericht in Warschau eine Verhandlung über die aus dem Wahlkreise Lemberg-Land eingereichten Wahlproteste statt. Zwei der Proteste wurden abgelehnt und die Entscheidung eines dritten Protestes vertagt mit dem Bemerken, daß weitere Zeugen gehört werden sollen. In dem dritten Wahlprotest wird u. a. gesagt, daß während der Wahlzeit 40 Vertrauensleute und drei Kandidaten der sozialistischen Wahlliste verhaftet und teilweise zur Abschreckung durch die Dörfer in Ketten geführt worden wären. In 18 Kommissionen hätte außerdem die Zahl der abgegebenen Umschläge nicht mit der Stimmenzahl übereingestimmt. Auch zahlreiche andere Mißbräuche werden angegeben, die noch nachgewiesen werden sollen.

Rücktritt des preußischen Finanzministers

Berlin, 13. Oktober. (R.) Die Rücktrittserklärung des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff wird von einer Anzahl Blätter damit in Zusammenhang gebracht, daß das preußische Kabinett die Aufrückungssperre für die Beamten aus der preußischen Notverordnung herausgenommen habe, und daß Höpker-Aschoff keinen finanziellen Gegenwert für diese Maßnahme sehe.

Der **„Vorwärts"** glaubt einen weiteren Grund für den [illegible]ritt des Finanzministers darin zu finden, daß er im Landtagsausschuß bei der Frage der Unterstützung der Sparkassen- und Giroverbände überstimmt worden sei.

Die **„Germania"** bezeichnet als unverständlich, wenn Dr. Höpker-Aschoff tatsächlich wegen der Aufhebung der Aufrückungssperre seinen Rücktritt erklärt haben sollte. Der Beschluß der preußischen Regierung sei aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber den preußischen Beamten zu begrüßen.

Der **„Tag"** glaubt, daß für den Schritt des Finanzministers die partei-politische Einstellung des Zentrums und der Sozialdemokratie maßgebend gewesen sei, wie ihn eine sachliche Führung der Geschäfte schon seit längerer Zeit unmöglich gemacht hat.

London, 13. Oktober. (R.) Zum heutigen Wiederzusammentritt des Reichstages schreibt ein englisches konservatives Blatt, Deutschland habe das Glück in der jetzigen Zeit in Hindenburg, Brüning und Gröner drei Männer zu besitzen, die befähigt seien, zu führen und auch zusammenarbeiten. Dr. Schacht, so fährt das englische Blatt fort, habe durch seine Rede in Bad Harzburg gezeigt, daß ihm das Bewußtsein fehle, welches auch die Führer der Opposition besitzen müßten, wenn sie den Anspruch auf Macht im Staate erheben. Denn die Rede Dr. Schachts sei geeignet, den letzten Rest von Deutschlands Kredit zu zerstören. Wenn Deutschland, so meint das englische Blatt, solche Männer, die mit dem Begriff Nationalbolschewismus spielten, an Stelle Brünings zum Führer wählen sollte, dann werde es sich umsonst nach Freunden umblicken, falls von anderer Seite etwa zu Verwaltungsmaßregeln oder anderen Mitteln gegriffen werden würde.

Zum Rücktritt des preußischen Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff

Berlin, 13. Oktober. (R.) Der amtliche preußische Pressedienst teilt mit: Der preußische Ministerpräsident Dr. Braun hat die Mitteilung vom Rücktritt des Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff zur Kenntnis genommen und ihm für seine langjährigen Dienste auf seinem verantwortungsvollen Posten seinen aufrichtigen Dank ausgesprochen. Bis zur Wiederbesetzung des Postens des Finanzministers hat er den Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, mit der Leitung des Finanzministeriums neben der Wahrnehmung seiner Ressortgeschäfte beauftragt.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile Aus Stadt und Land und den Briefkasten: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild": Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt".
Druck: Concordia Sp. Akc.
Sämtlich in Posen, Zwierzyniecka 6.

Der Tod meines Bruders hat mir viele aufrichtige Beweise der Teilnahme gebracht und mir gezeigt, wie groß die Freundschaft war, die ihn im Leben umgab. Ich danke allen, die in den letzten Tagen so viel Trost gespendet haben, und ich danke auch Herrn Konsistorialrat Hein für die schönen Worte am Grabe.

Grete Siebert.

Poznań, 13. Oktober 1931.



Rundfunkecke

Rundfunkprogramm für Donnerstag, 15. Oktober.

Posen. 7: Gymnastik. 7.15: Morgenzeitung. 12: Zeitzeichen. 12.35: Von Warschau: Konzert für die Schuljugend. 14: Pat.-Berichte. Börsennotierungen. 14.15: Landw. Berichte. 17.35: Von Warschau. Kammerkonzert. 18.50: Nachtrag zur Morgenzeitung. 19.10: Musikal. Intermezzo. 19.25: Für den Landwirt. 19.55: Beiprogramm. 20.15: Klaviervortrag. 21.15: Zweiter Teil des europ. Konzerts aus Budapest (über Warschau). In der Pause: Theater- u. Funkprogramm für Freitag. 22.15: Zeitzeichen, Pat.-Berichte, Sport- u. Polizeinachrichten.

Warschau. 11.40: Pat.-Rundschau. 11.58: Zeitzeichen. 12.10: Wetter. 12.35: Konzert für die Schuljugend. 14.45: Schallplatten. 15.05: Landw. Bericht. 15.25: Bücherstunde. 15.45: Schiffahrt. 15.50: Jugendstunde. 16.40: Schallplatten. 17.35: Kammerkonzert. 18.50: Verschiedenes. 19.25: Funkprogramm für Freitag. 19.35: Schallplatten. 19.45: Funkzeitung. 20: Feuilleton. 20.15: Musikalisches Feuilleton. 20.30: Europ. Konzert aus Budapest. 22.15: Schallplatten. 22.40: Pressenachrichten. 22.45: Wetter-, Sport- und Polizeinachrichten. 23—24: Leichte Musik und Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz. 6.30: Gymnastik. 6.50, 11.35, 13.10, 13,50, 14.50: Schallplatten. 9.10: Schulfunk. 15.20: Buch des Tages. 16: Konzert. 17.40: Wirtschaft und Volksbild. 18.05: Stunde der Arbeit. 18.30: Arbeiterbildung. 19.05: Musik. 20.30: Von Budapest: Konzert. 22.30: Kabarett.

Königswusterhausen. 6.30: Gymnastik. 6.45, 12.05, 14: Schallplatten. 15: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16: Pädagog. Funk. 16.30: Konzert. 17.30: Formenwelt der Technik. 18: Hochschulfunk. 18.30: Spanisch. 19: Stunde des Landwirts. 20: Von Berlin: „Problem der Kalenderreform“. 20.30: Von Budapest: Konzert. 22.15: Tanz.

Kleine Anzeigen

Überschriftswort (fett) ———— 30 Groschen
jedes weitere Wort ———— 15 „
Offertengebühr für chiffrierte Anzeigen 50 „

Eine Anzeige höchstens 50 Worte.
Annahme täglich bis 11 Uhr vormittags.
Chiffrebriefe werden übernommen und nur gegen Vorweisung des Offertenscheines ausgefolgt.

Möbl. Zimmer

Bescheidenes Zimmer
Nähe der Universität sucht Student. Off. unter **1983** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

3 Zimmer
Bad, Mädchenzimmer, Zentrum, gegen 1/2jähr. Miete sucht sofort nur vom Wirt. Off. u. **1982** a. d. Gst. d. Ztg.

Gut möbliertes Zimmer
für 2 Herren od. berufstätige Damen von sofort zu vermieten. A. Hoffmann, Wrocławska 33/34, III, l.

Zimmer,
Nähe św. Marcin. Preis 20 bis 25 zł ges. Off. unt. **H. S.** an d. Geschst. d. Ztg.

Suche
Raum als Bildhaueratelier. Off. u. **1964** a. d. Geschst. d. Ztg.

Zimmer
mit Küchenbenutzung für Ehepaar sofort abzugeben. Św. Wojciech 7 2. Eingang, Wohnung 12

Alleinstehende Dame sucht **Mitbewohnerin**
(mit voller Verpflegung), gut möbl., ruhiges Zimmer, I. Trp., elektr. Licht, Bad, Bedienung. Nähe Schloß. Anfragen unter **1987** an die Geschäftsstelle d. Zeitg.

Heirat

Witwer mit zwei Kindern über 9 J., mit größ. gutem Unternehmen sucht geschäftstüchtige, bessere Dame, nicht unter 24 Jahren, zwecks **baldiger Heirat** kennenzulernen. Offert. mit Vermögensangabe u. Bild, welches zurückgesandt wird, zu richten unter **1968** an die Geschäftsstelle d. Zeitg. (Streng diskret).

An- u. Verkäufe

Pianino
gebraucht, billig zu verkauf Św. Marcin 22, Hochpart.

Hausgrundstück
bestehend aus 18 Zimmern, gute Lage der Stadt, zu jedem Geschäft geeignet, an einen ernstlichen Käufer zu verkaufen. Off. zu richt. u. **1943** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Wirtschaft
200—400 Morg., mit etwas Wald, sowie dazugehörigem fließenden oder stehenden Gewässer zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten unter **1986** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Wohnungstausch
besorgt flink die „Klein-Anzeige“
im Posener Tageblatt.

Grundstück
nebst Möbelladen ist in einer regen Geschäftsstadt zu verkaufen. Offerten u. **1984** an die Geschäftsst. d. Zeitg.

Gebrauchte
Möbel, Garderobe, verschiedene andere Gegenstände kauft un verkauft
Nowy Dom Komisowy, Woźna 16.

Möbel
sowie Spiralmatratzen, Polsterkissen. Metallbettstellen, Feldbettstellen, Liegestühle empfiehlt
Streitz, Podgórna 10.

Haus
Stall und Garten zu verkaufen. Sielska 14.

Waschgarnitur 7,50
Kaffeeservice 8,50
Tafelservice 12 Pf. 59,00
Porzellan am billigsten nur direkt Wroniecka 24 im Hofe, Porzellangroßhandlg.

Brennholz
Kiefernkloben, gesund, preiswert abzugeben. Lieske, Popowo, p. Wronki.

Große
gebrauchte, elektr. Glocken (Lampen), kl. Kachelofen u. Gaskocher zu kaufen gesucht. Off. u. **1990** a. d. Geschst. d. Zt.

Unterricht

Englisch und Französisch
erteilt M. Dolgow, Kręta 24, II. Stock links. Anmeld. 6—8 Uhr abends.

Offene Stellen

Für 600 Morg. wird zum 1. November 1931
Eleve gesucht.
Freie Station ohne Wäsche, kleines Taschengeld. Bewerbungen mit Lebenslauf unt. **1929** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Existenz f. Gärtner
10 Morgen Gemüsegarten mit Obst, Wohnung, Stall und Schuppen, außerdem 8 Morgen Land angrenzend, 10 Min. von der Stadt sof. zu verpachten. Näheres Skarbowa 3, Wohnung 2, Telefon 3700.

Tiermarkt

Hund
(Deutsche Dogge), schwarz-weiß gefleckt, sehr wachsam, billig zu verkauf. Dąbrowskiego 36, Wohnung 18.

Verschiedenes

TERRANA
Fassaden-Edelputz
E. Werner, Oborniki
Dworcowa 54, Telefon 43.

Die Beleidigung
gegen Fr. Wendt u. Frl. Lubinski nehmen wir zurück. A. u. G. Reinholz.

Geldmarkt

Suche
zur Ablösungs-Hypothek Kapital 35 000 zł zu leihen. Kapital sowie Zinsen durchaus sicher, da Jahresmiete 14 000 zł. Erbitte Offert. u. „Ehrlich“ **1991** a. d. Geschst. d. Ztg.

7000—8000 zł
suche als I. Hypothek auf meine 77 Morgen große Landwirtschaft für 5 Jahre. Gebäudeversich. 41 700 zł. Mobiliarvers. 26100 zł. Off. u. **1966** an die Gschst. d. Ztg.